

Substanzielles Protokoll 72. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 14.00 Uhr bis 16.32 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Walter Anken (SVP), Martina Novak (GLP), Yves Peier (SVP),
Dr. Frank Rühli (FDP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2023/523 | Eintritt von Marita Verbali (FDP) nach Rücktritt von Mélissa Dufournet (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 3. | 2023/431 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 | FV |
| 4. | 2023/543 A | Postulat von Johann Widmer (SVP) und Martin Götzl (SVP)
vom 22.11.2023:
Verzicht auf eine Erhöhung der Lohnsumme ab dem Budget
2025 während fünf Jahre | FV |
| 5. | 2023/430 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024 | STR |

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Die Ratspräsidentin gibt den Hinschied von Alt-Stadtrat Hans Frick (LDU) bekannt und verliest einen Nachruf auf den Verstorbenen.

Der Gemeinderat erhebt sich für eine Schweigeminute.

Die Ratspräsidentin drückt ihr Beileid aus.

2614. 2023/562

Motion der AL-, Grüne-, GLP-, SP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 06.12.2023: Realisierung von gemeinnützigen Wohnungen und Gewerberäumen mit ausreichendem Grün- und Freiraum zusätzlich zu den Alterswohnungen auf dem Josef-Areal, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung

Karen Hug (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Planung auf dem Josef-Areal ist fortgeschritten und mit dieser Motion beantragen wir eine Korrektur dieser Planung, damit der Stadtrat die Möglichkeit hat, so schnell wie möglich zu handeln.

Der Rat wird über den Antrag am 10. Januar 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2615. 2023/575

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 06.12.2023: Ausschliessliches Angebot von oberirdischen Unterkünften für Asylsuchende

Patrik Maillard (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Am letzten Montag wurde die Unterkunft, die das Postulat ausgelöst hat, von Asylsuchenden, von Frauen und Kindern, bezogen. Wir haben das Ziel, dass es möglichst schnell nicht mehr so ist.

Der Rat wird über den Antrag am 10. Januar 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

2616. 2023/523
Eintritt von Marita Verbali (FDP) nach Rücktritt von Mélissa Dufournet (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 22. November 2023 anstelle von Mélissa Dufournet (FDP 3) mit Wirkung ab 8. Dezember 2023 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 als gewählt erklärt:

Marita Verbali (FDP 3), 1970, Bereichsleiterin strategische Unternehmensentwicklung

2617. 2023/431
Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/431 und 2023/430.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Florian Utz (SP): *Sehr gerne lese ich Ihnen den Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zum Budget 2024 sowie zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2024–2027 vor. Die RPK hat die Budgetvorlage 2024 des Stadtrats geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts Nr. 53/2023 der Finanzkontrolle vom 6. November 2023 feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 215,8 Millionen Franken vor. Diese Zahl inkludiert den Novemberbrief. Dieser Überschuss ergibt sich aus einem Aufwand von 11,000 Milliarden Franken – auf die dritte Kommastelle genau – und einem Ertrag von 10,784 Milliarden Franken. Für weitere Erläuterungen zum Budget verweist die RPK auf die einführenden Bemerkungen des Stadtrats zur Vorlage des Budgets 2024 vom 13. September 2023. Der Stadtrat beantragt mit seiner Budgetvorlage ohne Novemberbrief gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung des Personalaufwands um 183,1 Millionen Franken auf gerundet 3,47 Milliarden Franken. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Budget 2023 838,0 zusätzliche Stellenwerte budgetiert. Praktisch genau die Hälfte der neuen Stellen soll im Schul- und Sportdepartement geschaffen werden: 418,8 Stellenwerte. Mit grossem Abstand folgt das Hochbaudepartement mit einem Zuwachs um 104,2 Stellen; in den übrigen Departementen werden jeweils zwischen 16 und 82,7 Stellen geschaffen. Für den Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind ohne Novemberbrief 2,75 Milliarden Franken budgetiert. Dies entspricht einer Zunahme von 209,7 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Zurückzuführen ist diese Steigerung grösstenteils auf höhere Ausgaben für Material und Waren, das sind 104 Millionen Franken, sowie für Dienstleistungen und Honorare, was 87 Millionen Franken entspricht. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen erhöhen sich derweil um 193,5 Millionen Franken auf 1,75 Milliarden Franken. Die budgetierten Investitionen im Finanzvermögen sind derweil um 86 Millionen Franken auf 650,8 Millionen Franken gestiegen. Beim Steuerertrag rechnet der Stadtrat weiter mit steigenden*

Einnahmen. Budgetiert sind Fiskalerträge von insgesamt 3,54 Milliarden Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 171 Millionen Franken entspricht. Während bei den Steuern von natürlichen Personen mit einem Plus von 37 Millionen Franken, bei den Quellensteuern mit einem Plus von 60 Millionen Franken und bei den Erträgen aus der Grundstückgewinnsteuer mit einem Plus von 86,6 Millionen Franken zu rechnen ist, geht der Stadtrat bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen von einem leichten Rückgang um 10 Millionen Franken aus. Bei den übrigen Steuereinnahmen sind die Differenzen zum Vorjahr vernachlässigbar. Eine deutliche Steigerung ergibt sich bei den budgetierten Erträgen durch Entgelte; diese liegen gegenüber dem Vorjahr um 324 Millionen Franken höher und betragen nun knapp 3,9 Milliarden Franken. Summenmässig der grösste Teil dieser Mehreinnahmen – 255 Millionen Franken – ist auf das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) zurückzuführen, wobei es sich hier insbesondere auch um höhere Erträge aus dem Energiehandel infolge gestiegener Strompreise handelt. Weiter ist bei den Spital- und Heimtaxen beziehungsweise Kostgeldern eine Zunahme von knapp 39 Millionen Franken vorgesehen, einerseits aufgrund eines Leistungswachstums beim Stadtspital Zürich sowie andererseits aufgrund zusätzlicher Aufenthaltstage und höherer Taxen bei den Gesundheitszentren für das Alter. Im Hinblick auf die kommenden Planjahre stellt der Stadtrat fest, dass er auch für die kommenden Jahre mit einem stetigen Wachstum der Bevölkerung rechne. Weiter führt der Stadtrat aus, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag jedenfalls kurzfristig nicht linear vom Bevölkerungswachstum abhängt, beispielsweise bei den Steuereinnahmen oder im Schulbereich. In Bezug auf die Unternehmenssteuerreform, die Steuervorlage 17, hält der Stadtrat fest, dass sich durch die Reform die Steuererträge der juristischen Personen um rund 110 Millionen Franken reduzieren. Im kommenden Jahr wird die Stadt Zürich vom Kanton sodann letztmals eine teilweise Kompensation in der Höhe von rund 104,6 Millionen Franken erhalten. Weiter hält der Stadtrat fest, dass sich die wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2023 spürbar erholt hätten. Freilich habe die Inflation die Notenbanken zu raschen und starken Zinserhöhungen gezwungen und das Wirtschaftswachstum dürfte im laufenden Jahr in vielen wichtigen Industrienationen schwächer ausfallen als noch im Vorjahr. Die Banken und Versicherungen im Kanton Zürich würden ihre derzeitige Geschäftslage hingegen positiv beurteilen, jedoch etwas verhalten in die Zukunft blicken. Die Konsumentenstimmung sei derweil weiterhin schlecht, wohingegen sich der Schweizer Arbeitsmarkt in sehr guter Verfassung befinde. In finanzieller Hinsicht geht der Stadtrat im FAP bis zum Jahr 2027 von jährlichen Aufwandüberschüssen zwischen 284,2 und 343,2 Millionen Franken aus. Beeinflusst werde der FAP dabei insbesondere von Themen wie der Umsetzung der Tagesschule bis zum Schuljahr 2030/31, des Klimaziels Netto-Null bis zum Jahr 2040, der Fachplanung Hitzeminderung und des Heizungsersatzes. Die RPK wurde mit Schreiben vom 17. November 2023 durch den Stadtrat informiert, dass die Rückerstattung von zu viel bezahlten Versorgertaxen durch den Kanton Zürich im Jahr 2024 erfolgen wird. Der Stadtrat hält dazu fest, dass die Höhe des definitiven Rückforderungsbetrags erst im ersten Quartal 2024 feststehen wird, wobei er gemäss Schreiben von einer Rückerstattung von rund 250 Millionen Franken ausgeht. Unabhängig von der genauen Höhe ist aber auf jeden Fall zu erwarten, dass die Rechnung 2024 der Stadt Zürich infolge dieser Rückerstattung deutlich besser abschliessen wird als es das vom Stadtrat am 13. September 2023 vorgelegte Budget vorsieht. In verschiedenen Dienstabteilungen wurde die Struktur der Budgets verändert, was die Vergleichbarkeit mit den Vorjahresbudgets erschwert. So führt beispielsweise die Vorgabe des Kantons, die Sonderschulen als Eigenwirtschaftsbetriebe zu führen, zu erheblichen Änderungen im Budget des Schul- und Sportdepartements (SSD). Auch bei den Gesundheitszentren für das Alter wurde die Budgetstruktur per 2023 geändert, sodass Vergleiche mit den Vorjahren nur erschwert möglich sind. Beispielsweise wurden früher die Kosten für Ausbildung und Arbeitseinsätze in einer separaten Produktgruppe ausgewiesen. Diese Kosten sind neu im Budget nicht mehr er-

sichtlich und werden wahrscheinlich auch nicht mehr separat erhoben. Auf entsprechende Fragen konnte das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) dann auch keine Angaben zur Höhe der jeweiligen Kosten machen. Somit ist für die RPK nicht feststellbar, welche Kosten sich im Detail wie entwickeln, was bei gewissen Fragstellungen unbefriedigend sein kann. Der FAP 2024–2027 wird von einer Mehrheit der RPK zur Kenntnis genommen, während ihn eine Minderheit ablehnend zur Kenntnis nimmt. Die Mehrheit wird dem Budget sowie den Globalbudgets zustimmen, während eine Minderheit der RPK das Budget ablehnen wird. Dem Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem wird hingegen einstimmig zugestimmt. Demgegenüber gibt es unterschiedliche Anträge zum Steuerfuss. Während die Mehrheit für eine unveränderte Festsetzung des Steuerfusses auf 119 Prozent plädiert, beantragen zwei Minderheiten eine Änderung des Steuerfusses auf 116 Prozent, beziehungsweise auf 112 Prozent. Die RPK beantragt im Weiteren einstimmig und mit zwei Enthaltungen die Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (Stiftung PWG) sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Alterswohnungen ohne Enthaltungen. Den Kenntnisnahmen der Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) sowie des Globalbudgets der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wird mehrheitlich zugestimmt. Festgehalten werden kann an dieser Stelle überdies, dass sich die Anzahl der Anträge zum Budget gegenüber früheren Jahren deutlich reduziert hat. Während vor nicht allzu langer Zeit noch rund 300 Anträge üblich waren, sind es dieses Jahr noch knapp 100 Anträge. Das spricht dafür, dass sich die RPK vermehrt auf weniger, dafür aber auf die politisch relevanten Anträge konzentriert.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2618. 2023/582

**Erklärung der SP-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der SP-Fraktion verliest Tiba Ponnuthurai (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2024: Investieren in Wohnungen, Tagesschule & Klimaschutz

Der Stadtrat budgetiert für das Jahr 2024 ein Defizit von 215,8 Mio. Franken. Erfahrungsgemäss wird die Rechnung aber deutlich besser abschneiden, sodass die Stadt Zürich finanziell weiterhin gesund ist – und den finanziellen Spielraum hat, um die Volksentscheide zu Wohnbau, Tagesschulen und Klimaschutz umzusetzen.

In den Jahren 2014 bis 2022 hat die Rechnung der Stadt Zürich jeweils mit Überschüssen abgeschlossen, mehrheitlich sogar im dreistelligen Millionen-Bereich. Dies tat sie trotz oftmals budgetierter Defizite; in aller Regel schneiden die Rechnungen nämlich deutlich besser ab als die Budgets. Das nun budgetierte Defizit kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadtzürcher Finanzen gesund sind. Umso mehr gilt dies, als absehbar ist, dass die Stadt im kommenden Jahr vom Kanton eine (derzeit noch nicht budgetierte) Rückerstattung in Höhe von über 200 Mio. Franken erhalten wird.

Wohnbau, Tagesschule, Klimaschutz

Dieser finanzielle Spielraum ist wichtig, denn es gibt in unserer Stadt viel zu tun. So gilt es namentlich, das vom Volk beschlossene Drittelsziel zur Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen umzusetzen. Die SP begrüsst ausdrücklich, dass der Stadtrat die dafür vorgesehenen Mittel nochmals deutlich erhöht hat und nun eine halbe Milliarde Franken für den Kauf von Grundstücken und Liegenschaften zur Verfügung stellt. Damit wird nicht nur der Volksentscheid respektiert, sondern es werden auch viele Zürcherinnen und Zürcher finanziell entlastet – schliesslich ist die Miete für die meisten Haushalte der grösste Kostenfaktor überhaupt.

Auch in anderen Bereichen ist der Investitionsbedarf hoch, so insbesondere auch beim Klimaschutz sowie bei der Einführung der Tagesschulen. In beiden Bereichen fordert die SP mit gezielten Anträgen, dass die Stadt bei der Umsetzung der Volksentscheide noch rascher vorwärtsmacht als bisher. Für den Klimaschutz ist überdies auch ein gut ausgebautes öV-Angebot von grosser Bedeutung; die SP bedauert deshalb die Abschaffung des abendlichen 10-Minuten-Taktes bei den VBZ und fordert mit einem Massnahmenpaket dessen raschestmögliche Wiedereinführung.

Stabilität und Verlässlichkeit beim Steuerfuss

Keinen Handlungsbedarf sieht die SP beim Steuerfuss. Eine Erhöhung kommt nur schon im Lichte des Eigenkapitals der Stadt nicht in Frage. Umgekehrt drängt sich angesichts von zahlreichen Ungewissheiten auch keine Senkung auf; insbesondere ist heute noch schwer abzuschätzen, wie sich der massive Stellenabbau im Rahmen der Übernahme der CS durch die UBS auf die Steuereinnahmen von den natürlichen Personen auswirkt. Die SP steht deshalb beim Steuerfuss weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit.

Gleichzeitig lehnt die SP eine Mehrbelastung des Mittelstandes durch höhere Gebühren in den Gesundheitsszentren für das Alter ab. Freisinn, Grünliberale und Mitte/EVP fordern heute einerseits eine dreiprozentige Steuersenkung, andererseits aber massiv höhere Gebühren für die Seniorinnen und Senioren, und überdies wollen sie beim Engagement der Stadt für bezahlbare Wohnungen auf die Bremse treten. Unter dem Strich führt dies zu einer massiven Umverteilung: Unternehmen und Reiche profitieren, wohingegen der Stadtzürcher Mittelstand die Zeche bezahlt. Eine solche Politik der sozialen Kälte wird von der Sozialdemokratie entschieden abgelehnt.

Vielmehr müssen nun die Volksentscheide zu Wohnbau, Tagesschule und Klimaschutz umgesetzt werden. Das können wir, ohne gleichzeitig die Steuern zu erhöhen oder – wie die erwähnten bürgerlichen Parteien – an der Gebührenschraube zu drehen. Das zeigt einmal mehr: Wenn Rot-Grün regiert, geht es den Menschen besser.

2619. 2023/583

Erklärung der FDP-Fraktion vom 13.12.2023: Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Masslosigkeit stoppen, Wohlstand sichern – Steuersenkung jetzt!

Auch dieses Jahr wiederholt sich einmal mehr dasselbe Spiel – wie könnte es auch anders sein, die Politik hat sich schliesslich ebenfalls nicht geändert. Der Stadtrat präsentiert ein defizitäres Budget. Daher seien Steuersenkungen jetzt gerade nicht opportun. Effektiv wachsen aber die Steuererträge Jahr für Jahr. Bei der Präsentation der Rechnung werden wir dann wieder damit “überrascht”, dass die Jahresrechnung viel besser abschliesst als im Budget vorgesehen. Für eine Steuersenkung ist es dann schon zu spät. So führt der Stadtrat das Parlament und die Bevölkerung seit Jahren an der Nase herum.

Jedes Jahr wird eine andere Ausrede aus dem Hut gezaubert, warum gerade jetzt eine Steuersenkung unmöglich sei. Das war einmal die Unternehmenssteuerreform, dann war es COVID und nun ist es die Übernahme der CS durch die UBS. Zum Jahresende schliesst die Stadt dann aber trotzdem mit einem Einnahmenüberschuss ab.

Einen Unterschied gibt es im diesjährigen Budget; wegen einer ausserordentlichen Rückzahlung durch den Kanton zeichnet sich im Minimum eine schwarze Null ab. Nicht zu vergessen sind auch die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer. Da ist die Stadt zum Teil viele Jahre im Verzug mit der Einforderung der Beträge. Das ist ein gut gefüllter geheimer Reservetopf, der nach Belieben ausgeschüttet wird, um Ende Jahr einen positiven Abschluss zu präsentieren.

Umso unverständlicher, dass der Stadtrat nicht von sich aus endlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten möchte. In Zeiten hoher Inflation, steigender Lebensmittelpreise und Mieten wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, der Bevölkerung mehr Geld im Portemonnaie zu belassen und die Wirtschaft zu entlasten.

Die FDP fordert deshalb eine moderate Steuersenkung von 3 Prozentpunkten (Steuerfuss von 119 auf 116 Prozent senken). Mitte/EVP, SVP und glp schliessen sich dieser Forderung an.

Die sprudelnden Steuereinnahmen wirken auf rot-grüne Parteien ganz offensichtlich wie ein Rauschmittel: Sie geben gleich das gesamte Geld an der (Ausgaben-) Bar aus, um sich einen spassigen Abend mit ihren Gästen zu gönnen. Und sie denken nicht an das böse Erwachen am nächsten Tag, wenn der Kopf schmerzt und das Portemonnaie leer ist.

Das gilt es für unsere Stadt zu verhindern. Geben wir der aktuellen links-grünen Mehrheit daher weniger zum Ausgeben ins Portemonnaie, und reduzieren wir die Steuern für die Bevölkerung und die Wirtschaft.

Unsere Anträge zeigen, wo die Stadt Aufwand betreibt, der ersatzlos gestrichen werden kann. Das geht von der Kunstberatung für Mitarbeitende, über die Kompostpolizei zum wuchernden Ausbau der sogenannten Erinnerungskultur. Die linke Ratsseite lehnt diese sinnvollen Streichungsanträge nicht nur alle ab, sondern legt auch noch eine Schippe drauf, nach dem Motto: "Dörfs äs Bitzeli meh si?" Ah doch, an einem Ort will links-grün sparen; bei der Sicherheit. So sollen Helikopterflüge bei Grossanlässen zum Crowdmanagement gestrichen werden. Und die Polizei soll weder Munition für Taser noch für Tränengas erhalten. Willkommen sind im real existierenden Stadtzürcher Mehrheitsparteien-Milieu offenbar nur noch Krawallanten, nicht aber Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

2620. 2023/584

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2024: Solide Finanzen – mehr Grün, mehr Wohnungen, mehr Chancengerechtigkeit

Wir GRÜNEN begrüssen grundsätzlich das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2024. Während der Stadtrat beim Wohnen reichlich Mittel budgetiert, sehen wir bei anderen Punkten Nachholbedarf. So verlangen wir für die Schule mehr Stellen für Kinder mit einer Autismus-Spektrum-Störung sowie für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, bei welchem die Stadt nicht einmal die kantonalen Mindestvorgaben einhält. Bei der Sozialen Hilfe soll die Überwachung durch gezielte Unterstützung abgelöst werden, und damit das Sozialinspektorat abgeschafft werden.

Das Budget der Stadt Zürich mit 216 Millionen Franken Ausgabenüberschuss ist deutlich rot, liegt aber trotzdem im Bereich von nur knapp zwei Prozent der Bilanzsumme von 11 Milliarden Franken. Da die die Stadt regelmässig deutlich besser abschliesst als budgetiert – nicht zuletzt dank der umsichtigen grünen Finanzpolitik und wegen dem Spezialeffekt der voraussichtlichen Rückzahlung der Versorgertaxen von 250 Millionen Franken – , kann jetzt schon vorausgesagt werden, dass das Finanzjahr 2024 positiv abschliessen wird.

Von den 838 neu budgetierten Stellen sind rund die Hälfte für die Schule vorgesehen, dies wegen des Ausbaus der Tagesschule und des Zuwachs an Schüler*innen. Wir GRÜNE beantragen weitere Stellen für die Schule, da gerade bei einem starken Ausbau die Chancengerechtigkeit nicht vergessen werden darf. Wir fordern zusätzliche Stellen für DaZ-Lehrpersonen (Deutsch als Zweitsprache), weil die kantonalen Mindestvorgaben nicht eingehalten werden, sowie mehr Unterstützung für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung, damit sie angemessen gefördert werden können.

Weitere Schwerpunkte sind für uns GRÜNE die budgetierten Stellen und die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Stadtgrün-Initiative, die in vielen Punkten wichtige Massnahmen bringen wird, um uns gegen die Klimaerhitzung zu wappnen. Um der deutlichen Abnahme des Grünvolumens entgegenzuwirken, soll die Pflanzung von neuen Bäumen weiterhin forciert werden. Darum fordern wir eine Erhöhung des Betrags für die Baumpflanzungen. Ausserdem begrüssen wir es sehr, dass der Stadtrat genügend Mittel eingestellt hat, um den Kauf von Liegenschaften und Grundstücken voranzutreiben, um so dem Ziel von einem Drittel bezahlbaren Wohnungen näherzukommen.

Mit weiteren Anträgen setzen wir uns im Budget 2024 für die Stärkung der Grundrechte aller Menschen in dieser Stadt ein. Das Sozialinspektorat soll künftig durch mehr Massnahmen im sozialen Bereich ersetzt werden, weshalb wir beim Sozialinspektorat Stellen streichen möchten, um diese im Gegenzug bei den Sozialen Diensten aufzubauen. Und angesichts der Tatsache, dass wir global gesehen von einer Krise zur anderen schlittern, beantragen wir, die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich zu erhöhen. Gerade auch im Hinblick auf die Klimakrise ist diese Erhöhung zentral.

Der Steuerfuss soll unangetastet bleiben. Zwar sieht es dank der einmaligen Zahlung des Kantons gut aus für das kommende Jahr. Eine Steuersenkung kommt für uns aber nicht in Betracht. Falls möglich soll ein Überschuss zur Reduktion von Kapitalaufnahmen und damit zur Reduktion der wieder steigenden Zinslast genutzt werden.

Damit die Stadt Zürich den Bedürfnissen möglichst all ihrer Bewohner*innen gerecht wird und ein lebenswertes und diskriminierungsfreies Leben möglich ist, braucht es bezahlbare Wohnungen, eine chancengerechte Bildung, das Einhalten von Grundrechten und genügend Erholungs- und Grünräume. Mit dem vorgelegten Budget für 2024 und unseren Anträgen kommen wir diesem Ziel einen Schritt näher.

2621. 2023/585
Erklärung der GLP-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Grünliberale Finanzpolitik; Investitionen und Steuersenkung bei schwarzer Null

Diese Budgetdebatte ist anders. Denn wir können nicht wie jedes Jahr nur davon ausgehen, dass die Rechnung besser abschliessen wird, als das vom Stadtrat vorgelegte Budget, nein, wir wissen es schon mit Sicherheit. Rund 250 Millionen schuldet der Kanton der Stadt Zürich aufgrund der Rückerstattung zu viel bezahlter Versorgertaxen. Diese werden im Jahr 2024 fliessen und somit das geplante Defizit von 215,8 Millionen Franken bereits wieder ausgleichen.

Natürlich ist dies ein Einmaleffekt, aber es zeigt deutlich, dass wir jedes Jahr mit Einmaleffekten, verschobenen Investitionen und ähnlichem rechnen können und rechnen müssen. Für die GLP steht somit ausser Frage, dass wir uns eine Steuersenkung auf 116% leisten können, ja leisten müssen und diesen tieferen Steuersatz auch mindestens über die nächsten 5 Jahre halten können.

Wir sind mit dem Budget grundsätzlich zufrieden und die GLP hat sich daher in den Detailanträgen darauf fokussiert, blockierte Entscheide des Stadtrats zu korrigieren oder neue Ideen zur Lösung der Probleme zu lancieren. Wir fordern eine Fachstelle «Bestellerkompetenz», damit verwaltungsinterne Bestellungen, welche teilweise sehr hohe Kosten nach sich ziehen, besser überwacht werden.

Weiter setzen wir uns für die Elektromobilität ein und wenn der Stadtrat sein Konzept immer mehr auf die lange Bank schiebt, dann muss der Gemeinderat handeln. Wir haben daher Projekte gesucht, bei welchen der Bedarf offensichtlich ist und der Parkplatzabbau bereits so beschlossen ist, dass es nur noch um das restliche Minimum geht. Diese restlichen Parkplätze sollen aber endlich elektrifiziert werden und wir sind froh, dass wir dafür teilweise Mehrheiten finden konnten.

Ebenfalls haben wir erreicht, dass einstimmig eine Stelle für Antisemitismus geschaffen werden soll. Die Fachstelle für Gleichstellung soll als niederschwellige Anlaufstation diese Aufgabe übernehmen. Auch setzt die GLP weiter ihr Versprechen zur Schaffung der Hälfte der beantragten Polizeistellen um. Sie verzichtet aber darauf, dem Stadtrat irgendwelche Zeichen zu setzen. Zum Beispiel ist es für die GLP-Fraktion völlig unbestritten, dass die Veloförderung richtig und wichtig ist. Dies geschieht aber nicht besser oder schneller, wenn in diesem Budget noch weitere Stellen Velosicherheit oder Jurist:innen geschaffen werden. Blockiert ist der Ausbau an internen Prozessen, in der komplizierten Stadtverwaltung und beim politischen Willen in die Vollen zu gehen.

Die GLP-Fraktion ist bereit, in eine lebenswerte, moderne, progressive Stadt zu investieren. Dies wird mit dem vorliegenden Budget erreicht. Für eine lebenswerte, progressive, klimaneutrale, urbane Stadt Zürich! Natürlich geht das.

2622. 2023/586
Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der SVP-Fraktion verliest Johann Widmer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Die Wohlstandskrise verlangt antizyklisches Verhalten

Der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Preise für Güter, Lebensmittel oder Energie sind überproportional gestiegen. Hinzukommt der Prämien-Schock bei den Krankenkassen und die Mietzinserhöhungen. Der Gemeinderat muss in einer solchen Wohlstandskrise seine Verantwortung wahrnehmen und antizyklisch handeln: Steigen die Lebenskosten so massiv an, müssen die Steuern entsprechend runter. Die SVP ist bei der Höhe der Steuersenkung kompromissbereit.

Es gibt aktuell bis zu 20 Prozent mehr Betreibungen. Dies ist ein starkes Indiz, dass es für viele Familien kaum mehr zum Leben reicht. Auch der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Wohlstandskrise ist also akut. Der Gemeinderat hat es nun in der Hand, die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Die Zeit für Steuersenkungen ist längst überfällig. Allein in den Rechnungsjahren 2016 bis 2021 schloss die Stadt Zürich mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von rund 960 Millionen Steuerfranken ab. Dennoch verharren die ordentlichen Gemeindesteuern auf hohen 119 Prozent.

Weniger Staat mehr Freiheit

Die Wohlstandskrise ist das Ergebnis von unklugen politischen Entscheidungen in der Innen- und Aussenpolitik. Ein starker Treiber ist die hohe Regulierungsdichte auf allen drei Staatsebenen. Viele Politiker meinen, alles bis ins kleinste Detail regeln und notfalls verbieten zu müssen. Dabei muss diesen staatsgläubigen Politikern klar sein, dass jede Regulierung der Wirtschaft schlussendlich immer die Konsumenten bezahlen. Personen mit tiefem Einkommen trifft dies besonders hart. Der Staat muss sich deshalb wieder auf seine Kernaufgaben besinnen und diese bürgernah und kostengünstig umsetzen. Wir brauchen zum Beispiel kein staatlichen Sportpalast für 400 Millionen Steuerfranken, wie dies in Oerlikon geplant ist.

Die SVP will massive Steuersenkung

Die Politik soll die Bürger und die Wirtschaft möglichst in Ruhe lassen. Der Grundsatz muss wieder heissen: Weniger Staat mehr Freiheit. Problemlos lässt sich die Regulierungsdichte in der Stadt Zürich massiv abbauen – ohne dass dies im Alltag negativ spürbar ist. Die Menschen brauchen keine staatliche Betreuung in allen Lebensbereichen. Durch eine freiheitliche und bürgernahe Politik lässt sich problemlos eine dauerhafte Steuersenkung von 7 Prozentpunkte umsetzen. Wir können als Konjunkturprogramm für den Mittelstand diese auch nur für ein Jahr bewilligen. Die Festlegung des Steuerfusses findet jährlich während der Budgetdebatte statt. Der Mittelstand braucht in dieser Wohlstandskrise rasch mehr Kapital, also deutlich weniger Steuern.

Schweizerischen Kompromiss finden

Deshalb zeigt sich die SVP bei der Höhe der Steuersenkung wie immer kompromissbereit. Die SVP fordert zwar mit aller Deutlichkeit eine Reduktion des Steuersatzes um 7 Prozentpunkte - wenn sich aber eine Mehrheit für eine Senkung auf 116 Prozentpunkte findet, wird die SVP mitmachen. Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Sollten sich die linken Parteien aber aus ideologischen Gründen nicht zu einem Kompromiss durchringen können, so sind diese für die Zuspitzung der Wohlstandskrise verantwortlich.

2623. 2023/587

Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 13.12.2023: Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung zum Budget 2024 der Stadt Zürich

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2024 inklusive Novemberbrief zeigt in fast in allen Bereichen gegenüber den Vorjahren signifikant höhere Zahlen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen steigen stark auf beinahe 1.6 Milliarden Franken an. Gemäss dem Finanz- und Aufgabenplan 2024 – 2027 ist die Spitze erreicht, für die Folgejahre sind tiefere Werte prognostiziert. Diese hohen Investitionen sind für die Fraktion der Mitte – EVP an sich erfreulich. So wird die Infrastruktur für die wachsende Stadt bereitgestellt, bzw. bleibt in einem guten Zustand. Hingegen ist der Selbstfinanzierungsgrad von 41 % ungenügend. Dies auch wenn dieser Wert erfahrungsgemäss in der Rechnung jeweils höher zu liegen kommt.

Das Budget weist einen Verlust von 216 Millionen Franken aus und dies, obwohl die Steuereinnahmen wiederum Rekordwerte erreichen werden. Ein Treiber ist der Personalaufwand. Die Fraktion Die Mitte – EVP anerkennt, dass in einzelnen Departementen mit der steigenden Bevölkerungszahl bspw. im Schulbereich neue Stellen geschaffen werden müssen. Das Stellenwachstum, bzw. die Überprüfung des aktuellen Stellenplans muss aber in allen Departementen noch mehr zum Thema werden. Zudem wird es auch im nächsten Jahr nicht gelingen, sämtliche offenen Stellen zu besetzen – Stichwort Fachkräftemängel. Die Überprüfung der Notwendigkeit dieser Stellen könnte dazu führen, dass ein Teil dieser Soll-Stellen gestrichen werden kann.

Die Fraktion Die Mitte – EVP erwartet, dass der Gemeinderat durch seine Änderungen das Budget in die Nähe einer schwarzen Null bringt, dies insbesondere durch den Einbezug von 200 Millionen Franken für die Rückerstattung zu viel bezahlter Versorgungstaxen durch den Kanton. Weiter unterstützen wir den generellen Abzug für unbesetzte Stellen und in einigen Dienstabteilungen die Ablehnung neuer Sollstellen. Im Übrigen wird die Fraktion der Mitte – EVP nur zusätzlichen Mitteln für Elektromobilität und für die Bekämpfung von Antisemitismus zustimmen, ansonsten werden wir dem vorgelegten Budget des Stadtrates folgen. Wir werden also die meisten Anträge auf zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel für bestimmte Anliegen ablehnen. Aus der Sicht Die Mitte – EVP sollen diese Wünsche über den ordentlichen parlamentarischen Prozess eingereicht, vom Gemeinderat diskutiert und vom Stadtrat ordentlich ins Budget eingestellt werden.

Leider sind auch die Kostenfolgen von durchgesetzten Wünschen der links-grünen Mehrheit im Parlament deutlich im Budget sichtbar. Was geschieht aber, wenn der Wirtschaftsmotor nicht mehr so erfreulich läuft wie aktuell? Die Fraktion der Mitte – EVP appelliert an die links-grüne Mehrheit auch diesen Aspekt zu berücksichtigen und Mass zu halten.

Aus Sicht der Fraktion Die Mitte – EVP sind die Finanzen der Stadt Zürich robust und solide. Daher sehen wir auch dieses Jahr, insbesondere unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse in den letzten Jahren die Möglichkeit für eine moderate Senkung des Steuersatzes auf 116%, um die Attraktivität der Stadt Zürich für die Bevölkerung wie auch für die Unternehmen zu erhalten.

2624. 2023/588
Erklärung der AL-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag Sturzenegger (AL) folgende Fraktionserklärung:

Was sich Zürich leisten kann

Der Blick der AL auf das Budget 2024 orientiert sich an den Aspekten Wohnen, Soziales und Gesundheit. Die komfortable Ausgangslage, die das Budget 2024 vorlegt, zeigt: Zürich muss es sich leisten, in diesen Bereichen verstärkt zu investieren.

Kluge Interventionen auf dem Wohnmarkt fördern die soziale Diversität

Die Verknappung des Wohnraums in Zürich ist eine Geschichte von verpassten staatlichen Interventionen und eines permanenten Marktversagens. Der Mangel an Wohnraum hat grosse Auswirkungen auf das Leben der Menschen und auf die soziale Durchmischung, ein zentrales Element einer lebendigen Gesellschaft. Zwar gab es nie eine Zeit, wo allein unser freie Wille statt unseres begrenzten Kontos unsere Wohngegend bestimmt hätte. Doch jedes Jahr schauen wir in dieser Stadt zu, wie hauptsächlich jene mit dem ganz dicken Portemonnaie in allerweltsschicke und hype Stadtgegenden einziehen, während andere in die soziale Kälte jenseits der Stadtgrenze katapultiert werden.

Der Erhalt einer sozialen Vielfalt und die Erstellung einer Balance zwischen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum bedingen eine Verlangsamung der heisslaufenden Prozesse auf dem Wohnungsmarkt. Die AL fordert stabilisierende Massnahmen gegen die Wohnspekulation, gegen die Fortsetzung des Zweitwohnungsbooms sowie dringende Umsetzungspläne für die forcierte Realisierung von gemeinnützigem Wohnraum. Kluge Areal- und Liegenschaftskäufe zu tätigen soll 2024 weiterhin Ziel sein, sowohl für den Stadtrat als auch für die städtischen Wohnbaustiftungen. Die entsprechenden Mittel sind im Budget eingestellt. - Wir haben auch die Hoffnung, dass der Wohnraumfonds seine Wirkung ab Mitte 2024 entfalten wird. Beides kann bzw. muss sich Zürich – der bürgerlichen Angriffswelle auf den Steuerfuss zum Trotz – leisten. Insbesondere sieht die AL den Stadtrat in der Verantwortung, die Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente voranzutreiben. Ein weiteres passives Beobachten der Lage kommt für uns nicht in Frage.

Eine Stadt, welche sich alle leisten können

Erfreulich sind für die AL verschiedene Projekte, die zur Stärkung der sozialen Situation vieler Stadtbewohner:innen führen. Vom Leistungsausbau der AOZ im Bereich unbegleiteter-, minderjähriger Asylsuchenden über die Energiekostenzulage für einkommensschwache Personen bis zum Mindestlohn hat die AL verschiedene Initiativen zur Stärkung von Menschen in prekären Situationen ergriffen, die sich zu grossen Teilen im Budget abbilden. Zürich muss aber in diesem Bereich mehr leisten, damit sich die Menschen Zürich überhaupt leisten können. Die AL fordert darum nach einer über zehnjährigen Pause eine bescheidene Lohnerhöhung für die städtischen Lernenden in der Grundbildung. Die saftige Taxerhöhung, die der Stadtrat alten und pflegebedürftigen Menschen bescheren will, gilt es zu stoppen. Ausser Zweifel steht zudem, dass dem dringenden Raumbedarf Kunstschaffender Rechnung getragen werden soll.

Gesundheit – grösser und ganzheitlicher gedacht

Gesundheit verstehen wir aus ganzheitlichem Blickwinkel quer durch verschiedene Lebensspannen und Bereiche. Menschen präventiv in ihren Kompetenzen zu stärken, löst initial einen finanziellen Aufwand aus, der sich jedoch mehrfach auszahlt. Dies gilt sowohl in der Gesundheitsversorgung als auch in der Arbeits- und Schulwelt. Beispielsweise unterstützen wir im Schulbereich Anträge zu Bestrebungen für sinnvolle und nötige personelle Settings im Unterrichtsstalltag, um Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden. Dies hat wiederum einen positiven Effekt auf deren ganzes Lebensumfeld.

Ferner gibt es im Übergang zwischen einem stationären Aufenthalt und dem Leben zu Hause sowohl für Patient:innen wie auch für junge Familien nach einer Geburt Potenzial, deren Gesundheitskompetenz und

Resilienz für die nächste Lebensphase zu stärken. Mit dem Antrag für ein Familien- oder Patient:innen-Hotel nimmt die AL eine konkrete, kreative Idee aus der Praxis auf. Und zu guter Letzt: Dass die Gesundheitsversorgung aus öffentlicher Hand angeboten werden soll, bleibt für die AL eine unantastbare Maxime. Daher sind die budgetierten Kosten für die stadträtlichen Auslagerungsfantasien zu kürzen. Solche Experimente muss sich Zürich nicht leisten.

2617. 2023/431

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wenn Sie das städtische Budget betrachten, dann können Sie es mit einem Reisekoffer vergleichen; bei 11 Milliarden Franken ist es kein Handgepäck, aber auch kein grosser Container. Man kann darüber diskutieren, ob der Reisekoffer für ein Jahr genügend gepackt ist. Die einen in der Familie wollen noch die Quietschente einpacken, die anderen finden den Koffer zu schwer und die Kosten am Flughafen zu hoch – eine Hose reicht. Ich bin sehr gespannt, was Sie entscheiden werden, was noch in den Koffer reinkommen wird und was draussen bleibt. Grundsätzlich haben wir einen soliden Koffer gepackt. Auch von der Mitte und der SVP haben wir gehört, dass das städtische Budget grundsätzlich solide und robust unterwegs ist. Ich will daher nur zu drei Punkten Stellung nehmen. Der erste Punkt sind die Versorgertaxen. Es wird eine Mehrheit geben, die die 200 Millionen Franken ins Budget stellen wird. Das ist für den Stadtrat in Ordnung. Wir haben es nur anders gemacht, STR Raphael Golta wird das noch genauer darstellen. Das Gemeindeamt sagte klar, dass wir den Betrag dann in die Bücher nehmen müssen, wenn die Rechnung geschrieben wird. Daran haben wir uns gehalten. Was Sie machen, ist aber an sich nicht falsch. Interessant für mich ist nur, dass gewisse Fraktionen, die in anderen Fällen darauf bestanden haben, dem Gemeindeamt zu folgen, jetzt eine andere Haltung haben. Der zweite Punkt betrifft das Thema Personal. Das Budget beinhaltet die üblichen Lohnmassnahmen und ein Stellenwachstum, das in der ganzen Stadt, wie übrigens auch im Kanton, eine Tatsache ist. Wir können aber nicht alle Stellen besetzen. Diese Millionen, die wir Ende Jahr nicht an Lohn bezahlt haben, sind mittlerweile ein stattlicher Betrag, weshalb wir mit der Pauschalkürzung leben können. Insgesamt habe ich die Personalkürzungen nicht gerne, weil sie etwas Willkürliches sind: In einem Jahr werden sie gemacht, im anderen Jahr nicht. Solange wir aber nicht wie einst akribische Reporte liefern müssen, ist das für den Stadtrat in Ordnung. Auch nehmen wir es nicht so wahr, dass die Kürzung daran geknüpft ist, ob das Personal anständig entschädigt wird oder ob die Stellen besetzt werden sollen, wenn das möglich ist. Sollten wider Erwarten alle Stellen besetzt werden können und die Mittel deshalb nicht ausreichen, wird der Stadtrat die Mittel per Nachtragskredit beantragen. Der dritte Punkt betrifft die Steuern. Interessant ist, dass die Fraktionen, die vor allem auf sie achten, nur die Erfolgsrechnung berücksichtigen. Wenn man nur die Erfolgsrechnung berücksichtigt, kann man die Steuern ein Stück weit senken; das würde die Stadt ertragen. Es gab aber immerhin eine Partei, die früher immer auf die Schulden hingewiesen hatte. Diese wurden in den Fraktionserklärungen mit keinem Wort erwähnt. Die SVP, die früher immer darauf aufmerksam machte, positioniert sich jetzt beinahe als neue sozialdemokratische Partei der rechten Seite, auch wenn sie im konkreten Fall dann stets dagegen ist. Der Stadtrat hat nach wie vor die Möglichkeit, dass wir die Schulden aus früheren Zeiten in Hochkonjunktur-Zeiten zurückzuzahlen. Wenn Sie die Steuern senken, haben wir weniger Liquidität, was die Wahrscheinlichkeit, dass wir positiv abschliessen, erhöht. Dadurch wird auch das Risiko erhöht, dass wir die Schulden nicht zurückzahlen können. Im letzten Jahr konnten wir 1,5 Milliarden Franken zurückbezahlen. Die nicht zurückbezahlten Schulden der Vergangenheit sind die hohen Steuern der Zukunft. Das merkt man jetzt, wenn die Zinsen wieder steigen: Dann steigt auch*

die Zinsbelastung. Als ich in die städtische Politik eingestiegen bin, hatte die Stadt eine Zinsbelastung von zirka 200 Millionen Franken. Jetzt sind es etwa 70 Millionen Franken. Das wird sicher wieder steigen und wir gewichten es höher, dass wir in der Lage sein werden, die Schulden wieder zurückzubezahlen. Der zunehmende Kauf von Liegenschaften ist natürlich auch ein Faktor, der die Verschuldung erhöhen wird. Nur kommt es dort zu regelmässigen Mieteinnahmen, was die Ausgaben refinanziert. Etwas kommt dazu: Der Kantonsrat hat gestern eine Steuersenkung beschlossen. Auch sie kommt den städtischen Mitarbeitenden zugute. Wer weiss, ob es im nächsten Jahr mit der Abstimmung zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) ebenfalls zu einer Senkung kommen wird.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Florian Utz (SP): Es geht um den FAP und noch nicht um das Budget 2024. Während das Budget mit sehr genauen Zahlen im Detail hinterlegt ist, ist der FAP ein Planungs- und Steuerungsinstrument des Stadtrats, der nach bestem Wissen und Gewissen und auch nach dem Vorsichtsprinzip die möglichen Ausgaben der Folgejahre bis zum Jahr 2027 an und für sich «budgetiert». Auch die Einnahmen «budgetiert» er so nach dem Vorsichtsprinzip. Bei den Zahlen im Detail für die Jahre 2025 bis 2027 werden Sie sehen, dass wir bei den Steuereinnahmen praktisch konstante, sehr leicht steigende Steuereinnahmen haben, die dem Vorsichtsprinzip geschuldet sind. Eine Folge des Prinzips ist, dass alle möglichen Ausgaben und Investitionen aufgenommen werden, auch wenn sie schliesslich um ein oder zwei Jahre verschoben oder aufgrund der politischen Planung möglicherweise vollständig überholt werden. Dem Vorsichtsprinzip entsprechend wird im Zweifel lieber ein Franken zu viel als zu wenig budgetiert. In den Jahren 2025–2027 ist drei Mal ein Defizit in der Höhe von jeweils rund 300 Millionen Franken vorgesehen. Wenn die Defizite so eintreten werden, wird sich das Eigenkapital bis Ende 2027 auf 750 Millionen Franken reduzieren. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass diese Zahlen vom Stadtrat zur Kenntnis genommen werden können, auch im Wissen darum, um was für ein Instrument es sich beim FAP handelt: Die einzelnen Budgets und vor allem auch die einzelnen Rechnungsabschlüsse haben jeweils deutlich besser abgeschnitten als das naturgemäss in den FAP-Zahlen vorgesehen war. Im Detail gehen die politischen Schlüsse, die wir aus den Zahlen ziehen, innerhalb der Mehrheit deutlich auseinander. Daher masse ich mir nicht an, für die gesamte Mehrheit, die auch Bürgerliche umfasst, eine abschliessende Würdigung vorzunehmen.

Johann Widmer (SVP): Es ist das Elend der linksgrünen Regierungen unserer Zeit weltweit und insbesondere in Zürich: Die Wirtschaft brummt, die Bürger gehen fleissig arbeiten, verdienen Geld und bezahlen davon Steuern. Unternehmen beteiligen sich an einem einigermaßen freien Markt und bezahlen vom Gewinn ebenfalls Steuern. Es gibt noch weitere Steuern, die erhoben werden und in die Staatskasse fliessen. Regieren tun aber die Linksgrünen. Sie leben alle in einer sozialistischen Blase als «Cüpli-Sozialisten» weit weg von der Realität, können nur fordern und ziehen der arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche. Sie unterhalten eine gut etablierte, übermässig teure Sozialindustrie und eine Schulindustrie, bei der die Bürger ihre Kinder abgeben müssen – nun auch über Mittag – und wo den Kindern staatlich verordnet «Gender-Gaga» beigebracht wird. Sie erfinden stets neue Arten des Geldausgebens; der neuste Streich ist der Klimawahn, der Milliarden verschlingt, um linksgrüne, sozialistische Schmarotzer-Wirtschaft zu betreiben. Das ist die Ausgangslage des FAP, der eigentlich nur eine Copy-Paste-Übung der FAP der vergangenen Jahre ist. Der Exkurs zur wirtschaftlichen Entwicklung auf Seite 8 liest sich wie ein Eigenlob des Stadtrats. Man könnte vermuten,

dass der Stadtrat meint, dass er für die positive wirtschaftliche Entwicklung zuständig sei. Die permanente Knebelung der Betriebe und Vereine mit immer neuen Auflagen und insbesondere neuen Klimawahn-Auflagen sowie die Ablehnung der kantonalen Steuerreduktion tragen nicht zu einem guten wirtschaftlichen Klima bei. Äusserst besorgniserregend ist die Entwicklung der prognostizierten negativen Rechnungsergebnisse, die Zunahme der Verschuldung, die Abnahme des zweckfreien Eigenkapitals und die praktisch gleichbleibenden Einnahmen. Der Stadtrat plant somit, die Stadt finanziell an die Wand zu fahren. In wenigen Jahren wird es so weit sein; das ist im FAP festgehalten. Anstatt dass das Eigenkapital geschont, die Ausgabenseite der Rechnung ins Lot gebracht, die Schulden reduziert werden, damit die Schulden mit den jetzigen Schuldzinsen nicht noch steigen, werden – sekundiert vom linksgrünen Gemeinderat – die Ausgaben jedes Jahr erhöht. In der Wirtschaft nennt man das Misswirtschaft; bei den linken Elitepolitikern nennt man das regieren. Auf der Aufwand-Seite werden viele Stellen geschaffen. Auf der Ertrag-Seite erkennt man sehr hohe Risiken, die der Stadtrat nicht einsehen will. Die Steuereinnahmen steigen beispielsweise kaum. Nur wegen der Zuwanderung können die Erträge steigen. Da jedoch die falschen Zuwanderer angezogen werden, die kaum Steuern bezahlen und die die Verschleuderungspolitik der Linksgrünen gutheissen, weil sie von günstigen Wohnungen und weiteren Vergünstigungen leben, geht dieser Schuss nach hinten los. Bei den juristischen Personen scheinen die Steuern ebenfalls zu stagnieren oder wegen Credit-Suisse-Folgen sogar zurückzugehen. Wenn unser Stadtrat von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik offenbar keine Ahnung hat und so weitermacht, dann werden wir bald dort landen, wo Europa bereits einmal war: in einer Planwirtschaft. Die Vermögensgewinnsteuer nimmt zwar zu, das ist aber nur so, weil Vermögende mit ihren Liegenschaften handeln können. Wir haben ein AAA-Rating. Liest das bitte genau. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P Global) schreibt, frei von mir übersetzt, in einem sehr wichtigen Satz: «Wir könnten das Rating herabsetzen, wenn sich die Haushaltlage der Stadt aufgrund einer expansiven Ausgabenpolitik oder unerwarteten, erheblichen Steuerausfällen verändert. Solche Entwicklungen könnten auch ein Zeichen für eine weniger umsichtige Finanzverwaltung sein, wenn keine ausreichenden Gegenmassnahmen ergriffen würden.» Das greift der Stadtrat auch im FAP auf. Die SVP liegt somit richtig. Wir fordern Gegenmassnahmen in Form einer Verwaltungsreform, die Reduktion der Ausgaben und selbstverständlich eine Steuerreduktion, damit die Stadt attraktiv wird und mehr Zahlungskräfte in die Stadt kommen. Dann steigt das Steuersubstrat, das ist eine alte Weisheit. Wenn ihr so weitermacht, wie im FAP geplant ist, dann haben wir bald kein Geld mehr. Das ist zu wünschen, denn für mich gilt der alte Satz: «Nehmt den Politikern das Geld weg, es geht euch danach viel besser.» Aus diesem Grund nehmen wir den FAP ablehnend zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit und nehmen den FAP ablehnend zur Kenntnis. Insbesondere ist es das hohe Stellenwachstum, bei dem wir grosse Bedenken haben. Wir denken, dass die Finanzen der Stadt wesentlich effizienter und effektiver eingesetzt werden können. Es freut mich, dass sich STR Daniel Leupi auch um die Schulden sorgt. Wenn er aber Schulden tatsächlich zurückbezahlen will, dann hätte er von Anfang an ein ausgeglichenes Budget oder ein Budget mit einem Gewinn vorweisen können. Der einfachste Weg für die Reduktion von Schulden ist, weniger auszugeben. Wir zeigen in den Ratsdebatten sehr oft, wo das einfach möglich wäre. Die Zunahme um 838 Stellen zeigt uns, dass er kein Fokus auf die Schulden legt und dass es nur ein leeres Lippenbekenntnis war.

Felix Moser (Grüne): Natürlich ist ein Aufwandüberschuss von 280 bis 340 Millionen Franken in den kommenden Jahren budgetiert. Aber es ist auch bekannt, dass die

Rechnung praktisch immer deutlich besser abschliesst. Für das Jahr 2024 ist das der Fall, das wissen wir jetzt bereits. Für das Jahr 2023 wurde vom Stadtrat ebenfalls bereits angetönt, dass es gut aussehen wird. Ein Tipp an die SVP: Der FAP wird systembedingt in der Regel immer tiefer definiert als die Rechnung abgeschlossen wird. Denn der Stadtrat kann nur das ausgeben, was das Budget beinhaltet. Im Lauf der Planungsjahre werden die Projekte im FAP in der Regel nicht alle ausgeführt, einige werden nach hinten verschoben. So nimmt das Volumen ebenfalls ab. Die Abweichung um 200 Millionen Franken von der Null bei einer Bilanzsumme von 11 Milliarden Franken ist eine relativ kleine Abweichung um rund zwei Prozent. Das ist beinahe im Toleranzbereich. Mich nimmt es Wunder, wie viele Firmen in der Privatwirtschaft besser budgetieren können als um zwei Prozent. Viele Firmen, Gemeinden und Kantone wären wahrscheinlich sehr froh, wenn sie so genau budgetieren könnten. Für uns Grüne sind nicht nur die Zahlen wichtig, sondern viel mehr, was drin ist. In dieser Hinsicht unterscheiden wir uns von euch: Uns sind Klimamassnahmen, Bildungsmassnahmen und Tagesschulen sehr wichtig. Darum ist der vorgelegte FAP richtig. Bei einem Budget nehmen wir ein Defizit in Kauf und bei der Rechnung sind wir überzeugt, dass sie am Ende besser aussehen wird. Ihr wollt Zürich mit Steuersenkungen attraktiver machen. Ich denke, dass Zürich bereits genügend attraktiv ist; Zürich wächst, die Leute kommen nach Zürich. Das Steuersubstrat steigt, es sinkt nicht. Wir leben in einer guten Stadt und wir müssen nicht alles auf den Kopf stellen, wie ihr das gerne hättet. So, wie Zürich jetzt regiert wird und so, wie es jetzt läuft, ist es gut.

Florian Utz (SP): Vorher wurde vor allem von der Seite Freisinn und SVP moniert, dass die Stadt zu viel mache. Es ist interessant, hier zu schauen, was die Bevölkerung dazu meint. Erst kürzlich wurde eine Bevölkerungsbefragung vorgestellt. Zu verschiedenen Bereichen wurde gefragt, ob die Stadt zu viel, zu wenig oder genau richtig viel macht. Es gab unterschiedliche Ergebnisse. In einem Bereich ist die Bevölkerung deutlich der Meinung, dass die Stadt zu wenig macht: beim Wohnen und der Förderung des gemeinnützigen Wohnens. 82 Prozent der Bevölkerung sagen, dass der Stadtrat zu wenig oder sogar viel zu wenig in diesem Bereich tue. 11 Prozent finden es gerade richtig und 7 Prozent finden, dass der Stadtrat zu viel oder viel zu viel mache. In anderen Bereichen haben wir einen grösseren Anteil an Personen, die finden, dass der Stadtrat gerade richtig viel macht. Bei keinem einzigen Themenbereich gibt es auch nur annähernd eine Mehrheit, die findet, dass der Stadtrat zu viel mache. Der höchste Anteil an Personen, die finden, dass der Stadtrat zu viel mache, haben wir bei verkehrspolitischen Massnahmen, wo wir mit 24 Prozent und 26 Prozent jeweils einen Viertel der Bevölkerung haben, die finden, dass der Stadtrat zu viel mache bei der Verkehrsberuhigung und bei der Förderung des Velofahrens. Auch in diesen Bereichen haben wir Dreiviertelmehrheiten, die finden, dass der Stadtrat richtig viel, zu wenig oder viel zu wenig mache. Das widerspiegelt sich im FAP. In diesen Bereichen wird viel gemacht und es ist entsprechend viel Geld eingestellt. Das stützt sich auf den überwiegenden Willen der Bevölkerung.

Përparim Avdili (FDP): Felix Moser (Grüne), du hast in deinem Votum nicht erklärt, warum eine Steuersenkung nicht möglich wäre. Zürich ist attraktiv, niemand behauptet das Gegenteil. Die Frage ist, ob eine bessere Gestaltung mit einem besseren Budget möglich gewesen wäre. Somit wäre auch besser für die Zukunft geplant. Was macht man mit dem vor allem steuerlich bedingten Wachstum und den zusätzlichen Einnahmen, die überproportional in die Kassen sprudeln? Das sehen wir unterschiedlich, was ein Stück weit ideologische Gründe hat in der Grundhaltung zur Frage, was man mit dem zusätzlichen Geld macht. Ihr findet, dass man zusätzliche, neue Ideen entwickeln muss. Es darf stets ein bisschen mehr sein und man muss sich stets überlegen, wo das zusätzliche Geld ausgegeben werden kann, auch wenn es keinen erkennbaren Mehrwert für die Bevölkerung gibt. Wir finden, wie sicher auch ein Grossteil der Bevölkerung, dass nicht jeder zusätzlich eingenommene Steuerfranken unnötig ausgegeben werden muss. Man

kann an der Attraktivität weiterarbeiten, man kann der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler etwas zurückgeben. Man kann die Wirtschaft und das Gewerbe entlasten. Das Budget und die vergangenen Rechnungen zeigen sehr klar auf, dass nicht nur eine moderate Steuersenkung um drei Prozent möglich wäre, sondern dass zusätzlich auch Schulden abgebaut werden können. Einerseits können die bestehenden Schulden abgebaut werden und andererseits kann mit den Anträgen der FDP verhindert werden, dass in der Zukunft unnötige Schulden aufgebaut werden. Beispiele dafür sind das Stellenwachstum, aber auch der Kauf von Liegenschaften, wofür 500 Millionen Franken für das nächste Jahr budgetiert werden. Das sind unnötige Schulden, die aufgebaut werden. Mit den 500 Millionen Franken löst man kein einziges Wohnbauproblem. Florian Utz (SP) hat eine sehr interessante Leseart der Bevölkerungsbefragung. Ich habe die Befragung auch gelesen und musste zur Kenntnis nehmen, was wir bereits seit Jahren sagen: Die Bevölkerung in der Stadt stört sich daran, dass zu wenig unternommen wird in der Wohnbaupolitik und dass die rotgrüne Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat seit mehreren Jahren aktiv hunderte Wohnungen verhindert, sei es auf dem Koch-Areal, wo der Bau vor über zehn Jahren hätte beginnen können, auf dem Hardturm-Areal, wo der gesamte Prozess politisch blockiert wird, oder auf dem SBB-Areal Neugasse, wo sogar Wohnungen zur Kostenmiete verhindert wurden. Das ist das Resultat aus der Bevölkerungsbefragung: Die Mehrheit der Befragten stört sich daran, dass diese Wohnungen verhindert werden und es ist klar, wer sie verhindert.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Ich glaube weder Pärparim Avdili (FDP) noch Florian Utz (SP) können sagen, was der Grund für die Unzufriedenheit war, die sich in der Befragung äusserte. Fakt ist, dass die Leute sehen, dass etwas in den Bereichen Wohnungsbau und Wohnungsförderung geschehen muss. Die Beträge und die Stossrichtungen sind im FAP abgebildet. Zürich wächst weiterhin. Der Aufwand, den wir für die Schulen, für die Gesundheitsversorgung und für infrastrukturelle Aufgaben betreiben müssen, wird nicht abnehmen. Das ist aus unserer Sicht realistisch im FAP für die nächsten Jahre abgebildet. Die benötigten Ressourcen stehen nicht im linearen Zusammenhang mit dem jetzigen Bevölkerungszuwachs. Es kann Verzögerungen geben. Ihr müsst euch nicht wundern, wenn die Schule in den nächsten drei, vier Jahren noch sehr viele Ressourcen brauchen wird. Für uns kamen mit dem Novemberbrief noch zwei, drei substantielle Elemente dazu, die im FAP noch fehlten. Es ist die gut voranschreitende Ersatzwärmeversorgung, der weitere Ausbau von Prozessen und Pipelines für die Photovoltaik (PV) und die Umsetzung von Massnahmen zur Stadtbegrünung. Das sind Kosten, die wir aufwenden müssen, um die Lebensqualität in der Stadt in Zukunft sicherstellen und weiter verbessern zu können. Für uns bildet der FAP diese Aufgaben ab.

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP stimmt dem FAP mit sehr wenig Begeisterung, aber auch mit sehr wenig Frust zu. Daher verstehe ich die Voten von links und rechts nicht. Einerseits sagt man, man müsse den FAP lesen; ich würde sagen, man muss ihn auch verstehen. Auf der anderen Seite muss ich mir anhören, dass der FAP eine realistische Abbildung sei. Der FAP ist in erster Linie ein Wunschkonzert der Verwaltung. Darum sind die Zahlen des FAP jeweils kaum vergleichbar mit dem Budget, das uns schliesslich vorgelegt wird. Der Kanton will den FAP, vielmehr kann man damit nicht anfangen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Dezember 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2625. 2023/543

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 22.11.2023: Verzicht auf eine Erhöhung der Lohnsumme ab dem Budget 2025 während fünf Jahre

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2537/2023):
Natürlich ist der FAP nur eine Prognose. Es zeigt sich, dass der Stadtrat zwar die Lohnsumme oder die Stellenprozente nur marginal reinschreibt, am Ende aber sollen wir trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass die Lohnsumme massiv ansteigt. Das sollten wir im FAP bereits berücksichtigen. Anstatt dort mehr Stellenwerte einzustellen, sollte so prognostiziert werden, dass man im Budget eine stagnierende Lohnsumme hat. Es geht nicht an, dass der Staat immer mehr Stellen ausschreibt und derart wächst. Daher sollten wir bereits beim FAP beginnen und verlangen, dass der Stadtrat ihn so gestalten soll, dass es im Budget jeweils klar ist, dass die Lohnsumme gleichbleiben oder sogar abnehmen wird. Mit dem Postulat laden wir alle ein, dem Staatsapparat Einhalt zu gebieten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich könnte einen längeren Vortrag darüber halten, was alles gegen das Postulat spricht. Ich knüpfe an die die Fraktionserklärungen der SVP und der FDP an, in denen wir hörten, wie die laufende Teuerung den Mittelstand belastet. Wenn wir das Postulat umsetzen, können wir unserem Personal keinen Teuerungsausgleich mehr gewähren. Das allein bereits ist ein Grund, weshalb wir das Postulat ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wenn Ihr ein solches Postulat zum Budget einreicht, hättet Ihr es im Budget 2024 konsequent weiterziehen und zum Beispiel 17 Frontpolizist*innen aus dem Budget streichen müssen.

Martin Bürki (FDP): Beim Stellenwachstum haben wir grosse Fragezeichen, weshalb wir sehr viel Sympathie für dieses Postulat haben. So einfach geht es aber leider nicht. Deshalb müssen wir uns bei der Abstimmung entsprechend enthalten. Die Stadt wächst und verändert sich. Das verlangt eine gewisse Flexibilität. Die Umsetzung der Tagesschule braucht mehr Lehrer. Wenn die Stadt wächst, braucht es mehr Tramchauffeure und Polizisten. Ein Plafond festzulegen, ergibt daher keinen Sinn. Abgesehen davon haben wir ein System, in dem es dem Stadtrat nicht möglich ist, Stellen in der Stadtverwaltung frei herumschieben. Dies müsste jedoch bei einem Plafond gewährleistet werden.

Johann Widmer (SVP): Es liegt nicht an uns, dem Stadtrat vorzuschreiben, wie er das Problem löst. Mit diesem Postulat schlage ich aber gerne eine Lösung vor. Wir haben nicht gesagt, dass der Teuerungsausgleich gestrichen werden soll. Wir haben gesagt, dass der Stadtrat das Problem lösen soll, wie die Stadtverwaltung endlich verschlankt werden kann. Das sollte er bereits im FAP planen. Das ist das Anliegen des Postulats. Wie ihr das verwirklichen wollt, spielt mir keine Rolle. Von mir aus könnt ihr gerne 5000 Stellen abbauen, die es nicht braucht. Dann könnt ihr allen anderen einen fürstlichen Teuerungsausgleich auszahlen. Ihr seid unsere Angestellten und ihr müsst dafür schauen, wie ihr das Problem löst, dass euch der Gemeinderat mitgibt.

Karin Weyermann (Die Mitte): Auch wenn wir wie die FDP gewisse Sympathien für den Vorstoss haben, geht er in seiner Absolutheit definitiv zu weit. Man müsste darüber nachdenken, die Lohnsumme dahingehend zu beschränken, dass sie nicht stärker als die Bevölkerung wächst.

Florian Utz (SP): Für die SP ist klar, dass wir das Postulat ablehnen. Sven Sobernheim (GLP) und Martin Bürki (FDP) haben das bereits sehr gut begründet. Gänzlich unklar blieb mir nur, weshalb die FDP den Vorstoss nicht ablehnt.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Für uns ist das Postulat der SVP sehr unklar. Was genau wollt ihr: das Einfrieren der Löhne? Eigentlich ist ein Postulat da, um einen konkreten Prüfauftrag zu erteilen. Wir stimmten vorhin den Pauschalbeiträgen für den Teuerungsausgleich zu. Wollt ihr konsequent einen Stellenstopp? Es geht nicht nur um Stellen für «Schreibtischtäter», sondern auch um solche in der Gesundheits-, der Energie- und der Wasserversorgung. Auch die Polizei wäre betroffen und könnte allenfalls eurem Anspruch von Sicherheit und Ordnung nicht mehr gerecht werden. Letztlich amüsierte mich der Satz in der Begründung, dass die Steuereinnahmen nicht mehr so sattsam fließen würden. Kein Wunder: Wenn ihr eine Senkung des Steuerfusses um sieben Prozent verlangt, dann fließt ein Teil der Steuern nicht mehr so flüssig. Ich frage mich deshalb, ob ihr eure Wählerschaft von den Steuerzahlungen entlasten wollt oder ob das eine scheinheilige Begründung ist, um die Verwaltung und Löhne in der Stadt mit dem Vorschlaghammer zusammenzuschumpfen.

Samuel Balsiger (SVP): Ein Postulat ist nur ein Prüfauftrag. Die FDP und Die Mitte/EVP sollten sich einen Ruck geben und dem Postulat zustimmen, wenn ihr das Grundproblem anerkennt. Ihr wisst, dass der hohe Personalbestand das Hauptproblem ist und dass wir nicht eine grundsätzliche Korrektur herbeiführen können, wenn wir nicht beim Personalbestand ansetzen. Mit dem Postulat wird niemand entlassen. Aber der Stadtrat muss sich Gedanken machen, was er heute nicht tut. Es ist bezeichnend, dass STR Daniel Leupi das Gefühl hat, er muss nicht anwesend sein, wenn wir eine Grundsatzdebatte zum FAP halten. Es interessiert ihn scheinbar nicht, was das Parlament zu sagen hat. Das zeigt das Verhalten des Stadtrats: Er hat keine Ahnung, wie es in Zukunft weitergehen soll. Als ich in den Rat kam, hatten wir ein Budget von 8,2 Milliarden Franken. Jetzt sind wir bei 11 Milliarden Franken. Innerhalb von kurzer Zeit hat man es geschafft, die jährlich wiederkehrenden Ausgaben um beinahe 3 Milliarden Franken zu steigern. Es muss Ihnen klar sein, dass es so nicht weitergehen darf. Es muss Ihnen klar sein, dass wenn sich bereits ein Faktor in der Weltwirtschaft verändert – beispielsweise die UBS den Standort Zürich nicht mehr bevorzugt – wenn Sie so weiterfahren, werden Sie in eine Katastrophe fahren. Es liegt dann an Ihnen, die Leute zu entlassen. Wir haben die Oberaufsicht über den Stadtrat; wir haben eine Verantwortung. Wir von der SVP nehmen sie wahr.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es ist schade, dass Sie auf die persönliche Ebene gehen müssen, Samuel Balsiger (SVP). Auch in Bezug zu Desinteresse und Aufmerksamkeit sollte die SVP vor der eigenen Haustür kehren. Johann Widmer (SVP) sagte, wir seien die Angestellten des Gemeinderats. Erstens haben wir den Auftrag ein Budget auszuarbeiten. Es ist Ihr Auftrag, das Budget festzulegen. Hatten Sie Staatskundeunterricht? Es gibt drei Gewalten und der Stadtrat ist vom Volk gewählt. Wenn Sie das Gefühl haben, dass wir Ihre Angestellten sind, lässt das tief blicken und spricht nicht für Sie.

Samuel Balsiger (SVP): Wir alle hier sind Volksvertreter und vom Volk gewählt. Wir sind Repräsentanten des Volks. Selbstverständlich kann man sagen, dass Sie in der Exekutive vom Volk angestellt sind. Sie erhalten einen Lohn, Sie haben eine Aufgabe für die Geschäftsführung der Stadt und das Volk ist der Chef in diesem Gewaltensystem. Wir sind Volksvertreter. Wenn wir von der SVP, der FDP, der SP oder den anderen Parteien eine Einschätzung machen, dann repräsentiert das das Volk, das an den Wahlen teilnimmt. Leider sind es noch zu wenige Leute, nur 50 Prozent. Aber die, die teilnehmen, werden durch den Gemeinderat repräsentiert. Wir geben Ihnen etwas auf den Weg. Sie können so tun, wie wenn es kein Problem wäre. Sie wissen aber genau, dass es nicht gut herauskommen wird, wenn Sie ein Budget innerhalb von zehn Jahren um drei Milliarden Franken vergrössern. Sie sind für vier Jahre gewählt und treten bei den nächsten Wahlen vielleicht nicht mehr an und können dann erfolgreich auf die Zeit zurückschauen, in der der Kapitalismus in der Stadt unglaubliche Summen erwirtschaftet hat. Der Kapitalismus ist das System, das die bürgerliche Schweiz aufgebaut hat und der Stadt ihren Erfolg ermöglicht. Trotz und nicht wegen der linken Politik geht es Zürich gut. Ohne Kurskorrektur wird es im Chaos enden. Sehr viel läuft in der Stadt nicht gut und wenn es zu Krisen kommen wird, werden wir die Bevölkerung daran erinnern, dass STR Daniel Leupi der Grünen eine grosse Verantwortung am Chaos trägt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir nur die Stimmbevölkerung vertreten und nicht das Volk, weil noch viele in der Stadt nicht wählen und abstimmen dürfen.

Das Postulat wird mit 12 gegen 86 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 60 089 400.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2024 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2024, Vorlage des Stadtrats vom 13.09.2023
- Novemberbrief vom 01.11.2023
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2023
- Anträge der RPK vom 04.12.2023, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Florian Utz (SP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2023/431, Beschluss-Nr. 2617/2023.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Florian Utz (SP): Die RPK nimmt das Budget zur Kenntnis und stellte Anträge gestützt auf die von uns gestellten Fragen. Von allen Fraktionen liegen Anträge vor. Es gibt daher keine Fraktion, die mit jeder Nachkommastelle des Budgets bis ins letzte Detail zufrieden ist. Eine deutliche Mehrheit der RPK findet jedoch, dass es nach den Bereinigungen ein gutes oder zumindest akzeptables Budget ist und dass dieses Budget auf jeden Fall um Welten besser ist als ein Zustand ohne Budget, was bei der Ablehnung dieser Ziffer eintreten würde.

Johann Widmer (SVP): Auch hier ist die SVP nicht einverstanden mit dem Budget. Der Stadtrat sagte vor nicht langer Zeit: «Das Zürcher Parlament ist kein Spendenparlament.» Doch, es ist ein Spendenparlament. In der grossen Mehrheit der Budgetposten wird an linksgrüne Spendenempfänger gespendet. Die Erfahrung zeigt leider, dass das Budget wieder massiv zusätzlich verschlechtert wird. Das ist nicht im Sinne der SVP. Es ist kein sorgfältiger Umgang mit dem anvertrauten Geld. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verschwendungssucht der linksgrünen Politikerinnen und Politiker findet hier ihren Fortgang. Das verschwenderische Politversagen der linksgrünen Regierung kann man gut am Budget und an den teuren Geschäften im Gemeinderat ablesen. Ihr habt vom Volk 130 Millionen Franken für euren Klimawahnkampf erschlichen – wo ist die Projektliste? Bis heute habe ich keine gesehen. Wie lange braucht ihr noch, um dem Volk die Wahrheit zu sagen, dass ihr nicht wisst, was ihr mit all dem Geld anfangen wollt? Ich will endlich konkrete Projekte sehen. Ihr baut extrem teure Schulhäuser. Mit Verwunderung habt ihr vielleicht festgestellt, dass die SVP im letzten Jahr immer wieder sagte, dass wir eigentlich Schulen und Schulhäuser brauchen. Leider aber überbordnet ihr stark: Es ist nicht nur der «Züri-Finish», es sind Schulpaläste. Baut doch Standard-Schulhäuser. Wenn ein Künstler keinen Erfolg hat, dann rate ich ihm, nach Zürich zu ziehen, weil er hier bezahlt wird. Das ist Staatskunst und einen solchen Staat gab es im letzten Jahrhundert bereits einmal. Wenn ein Theater ein Programm hat, das ausschliesslich LGB-TIQ+-Bezogenes macht, wird es nur von wenigen besucht und vom Staat unterhalten, damit es nicht eingeht. Wir fordern absichtlich keine Personalreduktion. Wir fordern aber eine generelle Verschlankung der Verwaltung: weniger Staat, mehr Freiheit. Allenfalls wäre ein Einstellungsstopp eine Lösung. Zum Glück habt ihr gerade den sogenannten Fachkräftemangel. Das verhindert, dass die Stadtverwaltung noch mehr explodiert, weil ihr zum Glück die Leute nicht findet. Wenn man verlangt, dass weniger Stellen ausgeschrieben werden, dann spart ihr an der Front, bei der Gärtnerin und bei der Kinderbetreuung, anstatt dass die Verwaltung abgeschafft wird. Es werden unzählige Gefälligkeitsgutachten aus Steuergeldern finanziert, die der Stadtregierung eine vermeintliche Legitimation geben, den linksgrünen Wahnsinn und ein autofreies Zürich zu finanzieren. Darum wollen wir um dreissig Prozent kürzen. Der Kreislauf um das städtische Geld ist klar. Ein ungenaues Budget, das einen Aufwandüberschuss darstellt. Zwei Nachtragskredite und ein Novemberbrief kommen dazu. Jeden Mittwoch werden im Rat Steckenpferde finanziert, neue horrenden Ausgaben geschaffen und niemand weiss genau, wohin das Geld fliesst. Die Rechnung schliesst am Ende mit einem Ertragsüberschuss ab, weil die Wirtschaft gut läuft und die Vermögenden in der Stadt viele Steuern bezahlen. Diesen Leuten sollte man Danke sagen und sie nicht nur ausnehmen. Stattdessen werden die Volksfeste abgeschafft. Ihr habt uns ins Zeitalter Zwinglis zurückkatapultiert und ihr seid dabei, Errungenschaften, die sogar aus eurer Küche der 68er-Bewegung gekommen sind, zu zerstören. Massive Budgetüberschreitungen bei Bau- und anderen Projekten grenzen an ungetreue Geschäftsführung. Seit Jahren erwirtschaftet die Stadt Betragsüberschüsse, die der Gemeinderat wieder verschleudert, anstatt dass die Steuern endlich gesenkt werden. Wir fordern darum wie in den vergangenen Jahren eine Steuerreduktion um 7 Prozent, den Abbau von Schulden, eine absolute Budgettreue, den Verzicht auf Nachtragskredite und eine Verwaltungsreform, um die Effizienz der Verwaltung zu verbessern und die Kosten zu senken.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): Es ist schade, dass die Grundsatzdebatte über das Budget vor den Detailabstimmungen über die Änderungsanträge durchgeführt wird und das Abstimmungsverhalten zum Gesamtbudget erst am Schluss ersichtlich ist. Die FDP hat sich darum wie auch im Vorjahr bei der Abstimmung in der RPK enthalten. Wir wollen zuerst

verstehen, wie der Verlauf der Detailberatung der knapp hundert Anträge und der Begleitpostulate das Budget beeinflussen wird. Wir haben unsere Kritik zum Budget geäussert, sie steht nach wie vor fest. Die FDP will sich nicht als Totalopposition positionieren, sondern brachte Verbesserungsvorschläge ein. Es geht nicht darum, dass wir uns im Mikromanagement aufhalten und beispielsweise, wenn es um das masslose Stellenwachstum geht, in einzelnen Departementen Stellen streichen. Stattdessen stellten wir einen Pauschal-Streichungsantrag. Gleichzeitig äusserten wir bei der Wohnbaupolitik unsere Kritik und begleiteten sie mit Anträgen. In Abhängigkeit davon, wie unsere Anträge durchkommen, behalten wir uns vor, das Budget in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Samuel Balsiger (SVP): STR Daniel Leupi sagte vorher, dass die 11 Milliarden Franken ein Koffer wären, den man auf die Reise mitnimmt und dass es nicht ein grosses Budget wäre wie beim Bund. 11 Milliarden Franken für eine Stadt Zürich mit 430 000 Einwohnern ist ein sehr grosses Budget. Wenn Sie das ins Verhältnis zum Bund setzen, müsste der Bund 2,6-mal mehr Geld ausgeben. Anstatt 80 Milliarden Franken wären es 230 Milliarden Franken. Sie müssen das Geld im Verhältnis sehen und verstehen. Es geht um sehr viel Geld, das jedes Jahr erarbeitet werden muss. Sie wissen, was geschieht, wenn etwas in der Weltwirtschaft nicht mehr läuft. Momentan findet sogar ein blutiger Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft der Systeme statt: Demokratie gegen Diktatur; Osten gegen Westen. Wenn Sie wollen, dass das westliche Modell weiterhin funktioniert, dann müssen Sie klug agieren und Sie müssen verstehen, dass wir in der Wirtschaft in einem globalen Wettbewerb stehen. Sie können die Löhne nicht stets in die Höhe treiben. Im Verhältnis zur Zweiten und Dritten Welt haben wir bereits sehr hohe Produktions- und Lohnkosten. Das Einzige, was wir tun können, um das System, das wir im Westen haben, zu erhalten, ist, uns besser aufzustellen. Wir müssen über die Probleme sprechen. Sie wollen die linken Probleme negieren. Man darf nichts mehr sagen, das Wort wird einem verboten. Wir wollen die Probleme offen ansprechen. Wenn es in Zürich, in der Schweiz, in Europa nicht mehr läuft – nirgends läuft es wirklich noch gut – wo haben Sie das Versprechen an die Welt, dass das westliche System unterstützt werden soll? Es gab einst eine Zeit, in der das westliche System auf der ganzen Welt populär war. Autokratien und Demokratien sind auf dem Vormarsch. Wir sind gut aufgestellt, wenn wir uns gut aufstellen. Das heisst auch, den Staatsbetrieb kostengünstig und zukunftsfähig aufzustellen. Wir haben eine Wohlstandskrise. Sehr viele Leute stehen wegen den steigenden Kosten unter Druck. Diesen Menschen können wir jetzt beinahe unmittelbar eine Entlastung bieten. In der jetzigen Situation ist es angebracht, dass wir die Steuern massiv senken. Bei drei Prozent macht die SVP mit, aber das ist nicht die Entlastung, die beim Mittelstand im Portemonnaie ersichtlich ist. Bei sieben Prozent können Sie sicher sein, dass es eine Entlastung sein wird. Wir kümmern uns um den Mittelstand, um die kleinen Leute. Sie brauchen jetzt eine Entlastung.

Florian Utz (SP): Finanzpolitik ist immer auch eine Politik der Prioritätensetzung. Darum ist es interessant, wenn man schaut, wo die Bevölkerung Prioritäten setzt. Ich spreche bewusst von der gesamten Bevölkerung und nicht nur von den Stimmberechtigten, weil es unser Anspruch ist, Politik für alle Menschen zu machen und nicht nur für die Menschen mit Stimmrecht. Fragt man die Bevölkerung, wo die grossen Sorgen sind und wo die Stadt mehr tun muss, dann haben wir einen Dauerbrenner, der ganz weit oben hinausschwingt: das Thema Wohnen. Beim Wohnen finden 82 Prozent der Bevölkerung, dass die Stadt zu wenig tut; für 11 Prozent macht es die Stadt genau richtig; für 7 Prozent macht die Stadt zu viel. Ich bin überrascht, dass sich SVP, FDP, Die Mitte/EVP und GLP einen Wettkampf liefern, wer von diesen 7 Prozent der Bevölkerung die meisten Stimmen erhält. Grüne und AL werben immerhin um 11 Prozent des Wählersegments mit einem Stimmverhalten, das durchgehend dem des Stadtrats entspricht. Die ganz

grosse Mehrheit wird beim Wohnbau nur von der Sozialdemokratie vertreten. Auch jenseits des Wohnbaus müssen wir schauen, wo der Schuh der Bevölkerung drückt. Als zweitgrösste Sorgen haben wir Velorouten. 49 Prozent finden, dass der Stadtrat zu wenig macht. 26 Prozent finden inzwischen, dass genau richtig viel getan wird. Ein Viertel findet, dass zu viel geschieht. Die drittgrösste Sorge ist die Umwelt. Betrachtet man diese Themen und vergleicht man sie mit den Themen der Sozialdemokratie, dann stelle ich nicht unzufrieden fest, dass wir offensichtlich den Nerv der Bevölkerung getroffen haben. Von der bürgerlichen Seite wurde vor allem der Steuerfuss als das grosse Thema propagiert. Man muss sich fragen, wie der Mittelstand entlastet werden kann und welche Massnahmen dem Mittelstand am meisten helfen. Zur Frage, wie viel eine Steuersenkung bringt, zitiere ich die NZZ, die zur Steuersenkung des Kantons, die ein Prozent betrug, schreibt: «Die meisten Einwohner dürften es kaum spüren, dass der Steuerfuss reduziert wird.» Was die Bevölkerung wirklich spürt, sind ständig steigende Kosten in anderen Bereichen. Wir diskutierten die Erhöhung der Taxen bei den Alterszentren um 6000 Franken. Ironischerweise fordern die drei Parteien, die eine Steuersenkung um drei Prozent verlangen, am gleichen Tag eine Gebührenerhöhung um 6000 Franken in den Alterszentren. Jeder von uns kann die Rechnung machen, wo der Mittelstand am Ende mehr bezahlt. Dem Mittelstand bringt es am meisten, wenn man nicht am Steuerfuss herumschraubt, sondern wenn man ihn auf andere Art und Weise entlastet. Wir fordern darum eine Reduktion bei den Krankenkassenprämien und eine Reduktion beim Abonnement für den öffentlichen Verkehr.

Markus Haselbach (Die Mitte): Im Prinzip nehmen wir das Budget an; wir finden es einigermassen in Ordnung. Es gibt einige Punkte, bei denen wir mit Anträgen Steigerungen reduzieren wollen, bei denen übertrieben wurde. Generell finden wir, dass beim Personalbereich nicht viel zugesetzt werden soll, ausser dort, wo es offensichtlich ist wie beispielsweise bei den Lehrern oder in Spitälern. An anderen Orten sollte man darauf achten, dass gewisse Arbeitsplätze von traditionellen Gebieten in die Digitalisierung verschoben werden können. Generell hat die Stadt das Budget an vielen Orten erhöht, wo es uns auch wichtig ist: für Soziales, für die Gesundheit, für Schulen und für Sicherheit. Wir finden darum, dass es nicht zusätzlich Anträge braucht, um noch mehr Geld zu sprechen als der Stadtrat fordert. Die Situation beim Thema Wohnen ist unbefriedigend. Die Nachfrage ist enorm und man wird sie nicht befriedigen können, solange es wirtschaftlich so gut läuft. Wir finden, dass möglichst viele Wohnungen gebaut werden können. Es ist schade, dass in den letzten Jahren gerade von der Gemeinderatsmehrheit einige Projekte verhindert wurden. Initiativen wie «Josef will wohnen» finden wir interessant: Freie Flächen sollen für Wohnen genutzt werden, wenn es in der Nähe bereits genügend Grünfläche gibt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich weiss nicht, wer sich die Stadt oder die Welt einfacher macht: Samuel Balsiger (SVP) oder Florian Utz (SP). Ich fühle mich an die FAP-Debatte erinnert: Ich lebe in einer anderen Stadt als Sie. Man kann sagen, dass man den Mittelstand entlastet, wenn man bei den Gesundheitszentren für das Alter den Kostendeckungsgrad weit unten behält. Ich muss Sie jedoch ans Votum Ihres eigenen Stadtrats erinnern: Für dieses Problem haben wir die Ergänzungsleistungen. Wenn die SP sagt, sie sei die einzige Partei, die Wohnpolitik betreibt, dann schauen wir doch die heutige Medienmitteilung des Stadtrats zur BZO-Teilrevision «Harsplen» an. Es wurde nicht einmal geschafft, eine kleine Umzonung und ein kleiner Landtausch zu machen, um ein Areal gut erschliessen zu können. Vielleicht sagt man, dass Witikon nicht interessiert oder man sagt, dass man Wohnbauten von einer Stiftung nicht will, die der Zürcher Kantonalbank gehört – der Bank, die Sie gerne als Volksbank bezeichnen und an der wir wahrscheinlich mehr Kritik üben als Sie. Wir können mit dem Stadthof weitermachen, wo wir in der Altstadt neben der Bahnhofstrasse Wohnungen bauen wollen. Sie sagen, dass wir das Haus stehenlassen sollen. Das Haus ein energetisch «Schrott»: Sie wollen

es erhalten. Zum Klassiker Neugasse muss ich nicht mehr sagen. Die Bevölkerungsbe-fragung ergab, dass es Velowege braucht. Wenn es die SP-Fraktion braucht, um der SP-Tiefbauvorsteherin zu sagen, wie man Velopolitik macht, dann sind wir wieder bei der Aussage, dass die Stadtratsmitglieder unsere Angestellten sind. Das halte ich für die absurdeste Aussage des heutigen Tags. Ich wäre froh, wenn wir es einmal schaffen, über das Budget zu sprechen, ohne immer die gleichen hundert Stimmen zu hören. Wir wissen mittlerweile alle, was in den Parteiprogrammen der anderen Parteien steht.

Përparim Avdili (FDP): Wenn Florian Utz (SP) sagt, dass die Sozialdemokratie als ein-zige gute Wohnbaupolitik betreibt, dann frage ich mich, in welcher Stadt er im letzten Vierteljahrhundert gelebt hat. Seit über einem Vierteljahrhundert ist rotgrün an der Macht. Seit dieser Zeit trägt die linke Seite geführt von der SP aktiv und massgebend dazu bei, wie die Wohnbaupolitik gestaltet wird. Was geschah in dieser Zeit? Die Wohn-preise haben sich massiv zugespitzt und die Wohnbauproblematik verschlechterte sich massiv. Warum ist das so? Das hat mit eurer aktiven Politik zu tun. Die einzige Lösung im Wohnbauproblem seht ihr nur im Ausgeben von zusätzlichen Steuergeldern. Ihr nehmt es den einen weg und gebt es letztlich einer kleinen Gruppe weiter, die davon profitieren darf. Die Glücklichen profitieren davon und das motiviert vielleicht andere Menschen zu glauben, dass sie vielleicht auch zum Zuge kommen, wenn sie rotgrün wählen: Vielleicht kauft die Stadt die Liegenschaft, in der sie leben, wenn sich die AL mit einer Petition dafür einsetzt. Dann kann die AL erzählen, dass die Stadt dank ihr die Wohnungen gekauft hat. Damit hält sie den Preis künstlich tief, während keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen wird. Nach dem Kauf wird die Stadt künstliche Ab-schreibungsbeiträge buchen, womit der Mietzins künstlich tief gehalten wird. Die soziale Ungerechtigkeit wird damit vergrössert, weil ganz wenige Dank dem Handeln von Rot-grün davon profitieren können. Was ist mit allen anderen Menschen, die nicht von die-sem Glück profitieren können? Das ist eine Ungerechtigkeit, die mit der Wohnbaupolitik geschaffen wird. Eure Mittel sind keine Lösung. Man kann nicht die ganze Stadt aufkau-fen. Es braucht darum andere Mittel für die rasche Schaffung von zusätzlichem Wohn-raum für sämtliche Menschen. Mit all den aufgezählten Beispielen habt ihr das aktiv ver-hindert. Ein weiteres Beispiel, wofür es keinen Steuerfranken gebraucht und das sehr vielen Menschen geholfen hätte, war die Motion der FPD, die forderte die Liegenschaf-ten im Bestand um ein Stockwerk zusätzlich erhöhen zu können. Die grösste Fraktion der Stadt versteckte sich hinter den zwei kleineren linken Parteien und hielt nicht ein einziges Votum dazu.

Derek Richter (SVP): Florian Utz (SP) hat recht: Der Wohnraum ist knapp. Er ist wegen der sozialistischen Wohnbauplanung zu knapp. In deinem Votum hast du erwähnt, wie viele Leute sich Sorgen wegen der Mieten machen. Hundert Prozent der Immobilienbe-sitzer und von denen, die gerne Immobilien besitzen würden, sind ebenfalls sehr be-sorgt, denn sie können es sich nicht mehr leisten. Es wäre ein Bundesverfassungsauf-trag, den Wohnungsbau – das Wohneigentum – zu fördern. Ihr tretet diesen Verfas-sungsartikel mit den Füßen. Das ist ein Fakt. Das beste Beispiel hat Përparim Avdili (FDP) angedeutet. Im Bereich des Grundstückeigentums durch die Stadt haben wir eine massive Überbezahlung. Gerade am 6. Dezember erhielten wir eine wunderschöne Me-dienmitteilung: «Grosses Gewerbeareal wird städtisch». Auf diesem Areal wird für den Quadratmeter durch die Stadt 4000 Franken bezahlt – am Stadtrand. Welcher private Investor würde einen solchen Betrag bezahlen? Ganz sicher keiner. Weil es ein grosses Grundstück ist, betragen die Kosten 140 Millionen Franken. Raten Sie, warum man in dieser Stadt keine Wohnungen und keine Gewerbeflächen zu einem einigermaßen ak-zeptablen Preis mehr mieten kann? Eure Politik im Bereich Wohnbau ist gnadenlos ge-scheitert.

Karin Weyermann (Die Mitte): Dein Votum hat mich irritiert Florian Utz (SP) und deine Kritik an der Fraktion Die Mitte/EVP im Bereich Wohnen im Zusammenhang mit dem Budget erst recht. Schliesslich unterstützen wir alle Abschreibungsbeiträge an die verschiedenen Wohnbaustiftungen. Auch tragen wir zum Grossteil die Politik der Stadt im Bereich Wohnbau mit. Natürlich hört sich dein Rundumschlag gegen alle anderen Parteien gut an. In letzter Zeit habt ihr bei diversen Wohnbauprojekten keine Glanzrolle gespielt und nicht dafür gesorgt, dass man in Zürich zusätzliche und auch gemeinnützige Wohnungen erhielt. Wir setzen nicht nur auf Solidarität, sondern durchaus auch auf Eigenverantwortung.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Bei der Budgeteintrittsdebatte sind wir in die Wohnpolitik abgedriftet. Das muss man auf Florian Utz (SP) zurückführen: Er hat eine kleine Bombe in den Saal geworfen. Ende der Neunzigerjahre, als die FDP noch an der Macht war, habe ich noch nicht in der Stadt gelebt. Aber ich habe mir sagen lassen, dass damals alle Leute aus der Stadt geflüchtet sind: Kein Wunder gab es freien Wohnraum. Die Neugasse war ein Volksentscheid und wurde nicht von linksgrün entschieden. Wir machen uns nicht für Petitionen aktiv. Wir unterstützen Leute, die sich mit dem Mittel der Petition wehren wollen; wir sind nicht die, die die Petition schliesslich einreichen. Die AL verfolgt in der Wohnbaupolitik sinnvolle und vom Budget losgelöste Ansätze.

Samuel Balsiger (SVP): Florian Utz (SP) nahm Bezug auf die Volksbefragung, bei der 81 Prozent sagten, dass sie mit dem Wohnangebot unzufrieden sind. Seit über zwanzig Jahren seid ihr auf allen Ebenen an der Macht. Ihr versprecht der Bevölkerung «endlich günstige Wohnungen». Wo sind die günstigen Wohnungen? Wenn 81 Prozent von eurem Hauptversprechen enttäuscht sind, dann sind 81 Prozent von der rotgrünen Politik enttäuscht. Die Volksbefragung müsste zeigen, dass 81 Prozent zufrieden sind. Dann könnt ihr auf eure Schultern klopfen. Ihr habt euch aber dafür auf die Schultern geklopft, dass 81 Prozent von eurem Hauptversprechen enttäuscht sind. Ist das eure Politik? Es stimmt, dass aufgrund von politischen Entscheiden Wohnungen in Zürich verhindert werden. Aber das Hauptproblem ist der Zustrom in die Stadt. Seit der Personenfreizügigkeit ist die Stadt um knapp 80 000 Personen gewachsen. Heute haben wir eine Leerwohnungsziffer von 0,06 Prozent. Wäre die Einwanderung halb so gross gewesen, würde die Leerwohnungsziffer bei 7,5 Prozent liegen. Dann würden 18 000 Wohnungen freistehen. Das Hauptproblem kann also nicht in der Stadt gelöst werden, sondern beim Bund. Irgendwann wird auch die Mehrheit der Bevölkerung erkennen, dass ihr leere Versprechen abgibt, denn 81 Prozent sind von eurer Wohnbaupolitik enttäuscht.

Dr. Florian Blättler (SP): Ich bin immer wieder überrascht von Samuel Balsiger (SVP), wenn er von der guten, alten Zeit spricht. Früher sei in der Stadt noch alles gut gewesen. Gleichzeitig fordert er Steuersenkungen: Dabei war der Steuerfuss früher höher. Vor allem waren die Unternehmenssteuern signifikant höher. Die Bodenpreise lagen bereits auf dieser Höhe, bevor der Stadtrat als grössere Käuferin auftrat. Die Bodenpreise sind also nicht die Folge davon, dass der Stadtrat jetzt als Käuferin auftritt. Argumentiert wurde, dass wenige davon profitieren, dass die Steuerzahler Wohnungen bezahlen. Das ist grundsätzlich falsch. Der Wohnbau ist im Allgemeinen selbsttragend. Es wird also kein einziger Steuerfranken dafür aufgewendet, dass die Leute wohnen können. Die Wohnungen werden selbstfinanziert, die Stadt ist die Eigentümerin und nahm entsprechend Kredite bei der Bank auf. Bezahlt werden diese aber über die Mieteinnahmen der Stadt. Die SVP erwähnte mehrmals die Inflation und steigende Mietpreise. Die Lösung der SVP ist, dass Steuern gesenkt werden. Auf der einen Seite haben wir die Wohnungsmieten, die um mehrere hundert Franken im Jahr gestiegen sind. Gleichzeitig schlagen Sie Steuersenkungen vor, die im Median vielleicht hundert Franken pro Familie ausmachen. Sie glauben, dass damit das Problem gelöst ist. Es handelt sich nur um

einen Tropfen auf den heissen Stein und nimmt dort Geld weg, wo tatsächlich etwas getan werden kann. Im Jahr 2022 erzielten beinahe alle Immobilienkonzerne Rekordgewinne. Gleichzeitig waren die Mietzinsen auf dem Höchststand. Was ist Ihre Lösung? Dass wir weiter deregulieren sollen, damit die Mietzinsen weitersteigen können. Gleichzeitig sollen die Firmen weiterhin entlastet werden, damit es noch mehr Anreiz gibt, noch mehr Gewinn zu erzielen, da dieser als einziges weniger belastet ist. Das alles soll auf Kosten der Bevölkerung erfolgen.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Es wird Zeit dafür, dass endlich die überbordenden Gutachten und die anderen externen Arbeiten gekürzt werden. In einigen Fällen – das sehen wir auch – kommt man nicht darum herum, da es sich nicht lohnt, eigene Ressourcen aufzubauen. Aber die Gefälligkeitsgutachten für Tempo 30, Velounsinn, LGBTIQ+-Ausgaben, Hitzeminderung, Schwammstadt, Baumpflanzungen und so weiter nehmen massiv zu. Es sind alles Themen, die der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden können, weil ihr ja den unwiderlegbaren Beweis durch ein Gutachten habt, dass es nötig ist. Aus diesem Grund wollen wir eine Kürzung um dreissig Prozent. Wir sagen nicht wo, eigentlich spielt das uns keine Rolle. Weil wir einen Tabellenantrag machen mussten, haben wir den Abzug überall verteilt, eigentlich soll aber der Stadtrat entscheiden, wie er die dreissig Prozent einspart. In der Diskussion innerhalb der Fraktion kam die Frage auf, ob man an einigen Stellen in der Stadt die falschen Leute angestellt hat und es daher so viel externe Unterstützung braucht? Diese Frage blieb offen und wir wollten sie nicht wirklich stellen, weil wir die Antwort fürchten.*

Felix Moser (Grüne): *Tabellenanträge haben immer etwas Willkürliches an sich. Die SVP will nicht jedes Detail vorgeben, der Stadtrat soll um dreissig Prozent kürzen. Dass man nicht jedes Detail vorgibt, ist mir eigentlich sympathisch. Das Problem ist jedoch, dass auf knapp zwei Seiten für jedes Konto und für jede Dienstabteilung festgehalten ist, wie viel eingespart werden muss. Daher handelt es sich um ein Müssen – das Geld muss überall wie aufgeführt gestrichen werden. Daher ist es ein Widerspruch, wenn eine Kürzung um dreissig Prozent verlangt wird. In der RPK werden wir im nächsten Jahr über Globalbudgets diskutieren und ob das überall eingeführt werden soll. Dann wäre so etwas eher möglich. Ihr sagt, dass es Gefälligkeitsgutachten sind. Das muss ich klar abstreiten. Die Stadt kann das alles lange nicht mit eigenem Personal umsetzen. Sie sehen das beispielsweise bei Organisation und Informatik (OIZ). Dort sollen 10 Millionen Franken für externe Analysen eingespart werden. Diese Streichung würde wahrscheinlich bedeuten, dass hundert zusätzliche Stellen gebraucht werden. Man kann nicht auf alles verzichten; die Logik geht nicht auf. Die 28 Millionen Franken, die eingespart werden sollen, sind in der Regel Aufträge an KMU in der Stadt und in der Umgebung. Diese Aufträge würden dann wegfallen. Ich hoffe, die FDP hat das auch gehört und wird sich beim fünften Postulat daran erinnern. Ich stelle also fest, dass es sich um einen sehr gewerbefeindlichen Antrag der SVP handelt.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): *Die FDP war noch in der Enthaltung. Vor einem Jahr brachten wir einen ähnlichen Antrag mit zehn Prozent. Für uns ist unbestritten, dass es noch Luft gibt: Eine Streichung ist möglich. Dreissig Prozent sind jedoch zu viel. Felix Moser*

(Grüne) hat es richtig gesagt; wir sind hier logisch unterwegs und wechseln in die Mehrheit. Ich freue mich, wenn die Grünen nachher unser Postulat unterstützen werden.

Stephan Iten (SVP): Ich verstehe nicht, wie man sich immer noch für die Gefälligkeitsgutachten aussprechen kann. Der damalige Stadtrat Richard Wolff hatte für die Bellerivestrasse so lange ein Gutachten gesucht, bis er eines gefunden hat, das sagte, dass sie mit einer Spur funktionieren kann, wenn nichts geschehen wird. Es gab vorher etwa fünf Gutachten, die sagten, dass der Abbau nicht machbar ist: Wenn wir Stau auf zwei Spuren haben, ist es nicht möglich, dass auf einer Spur weniger Stau entsteht. Bei der Rosengartenstrasse war es dasselbe. Man sucht so lange ein Gutachten, bis man eines findet, das einem passt. Es war ein Gutachten, das sagte, dass Tempo 30 keinen Einfluss auf die Kapazität haben wird. Es müsse dann aber unbedingt mehr Geld für den öffentlichen Verkehr ausgegeben werden – denn dort würde seltsamerweise ein Kapazitätsverlust entstehen. In der OIZ werden 35 Millionen Franken für Fachexperten und Gutachten ausgegeben. Wir haben Robyn Stünzi; brauchen wir dann noch zusätzliche Fachexperten? Für mich ist sie eine Expertin, die kompetent ist. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt 900 000 Franken für Fachexperten und externe Gutachten aus. Für Viventa15plus braucht es ebenfalls externe Berater. Die Stadt hat so viele Angestellte und Sie wollen noch mehr holen. Zürich sollte in der Lage sein, Gutachten selbst zu erstellen. Dann würden Sie selbst auch wissen, dass es nicht umsetzbar ist. STR Simone Brander hätte genau gewusst, dass die Bellerivestrasse nicht auf eine Spur reduziert werden kann, wenn sie das Gutachten in ihrem eigenen Departement erstellen lassen hätte. Es ist nicht gewerbefeindlich, wenn man die externen Gutachten so lange missachtet, bis eines gefunden wird, das einem passt. Es braucht nicht so viele Gutachten und man muss nicht nach jedem Gutachten nochmal eines in Auftrag geben.

Dr. Florian Blättler (SP): Grundsätzlich hat dieser Rasenmäher-Antrag das Problem, das all diese Anträge haben: Er nimmt keine Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Dienstabteilungen. Ich gebe der SVP recht: Man kann sich jeweils fragen, ob es tatsächlich notwendig ist, diese Aufträge Externen zu erteilen oder ob die Stadt das nicht selbst ausführen kann – wir haben viele städtische Angestellte. Es gibt aber ein Problem, beispielsweise in der OIZ: Das benötigte Personal ist nicht auf dem Arbeitsmarkt erhältlich. Wir haben eine Netzwerksicherheit; wenn diese gestrichen werden soll, haben wir ein Problem. Die städtische Netzwerksicherheit ist in der heutigen Zeit ein sehr entscheidendes Problem. Wenn wir das Personal nicht selbst rekrutieren können, müssen wir es einkaufen.

S. -		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
10 3132 00 000		Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
		28 451 000		Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				Enthaltung	Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)
		Begründung: 30 % kürzen, keine Gefälligkeitsgutachten mehr. Die Stadt hat genügend Personal - wir nehmen an, dass das Fachleute sind.			

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bis- her	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	15 000	0	4 500	10 500
1005	Gemeinderat	200 000	0	60 000	140 000
1007	Finanzkontrolle	85 000	0	25 500	59 500
1010	Ombudsstelle	10 000	0	3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	1 016 000	0	304 800	711 200
1025	Abteilung Rechtskonsulent	4 500	0	1 400	3 100
1035	Datenschutzstelle	34 200	0	10 300	23 900
1070	Betreibungsämter (Stadtamtsfrauen und Stadtamänner)	34 100	0	10 200	23 900
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichter- ämter	83 000	0	24 900	58 100
1500	Präsidialdepartement Departements- sekretariat	751 500	0	225 500	526 000
1505	Stadtentwicklung	688 000	0	206 400	481 600
1506	Fachstelle für Gleichstellung	48 000	0	14 400	33 600
1510	Kultur	1 132 500	0	339 800	792 700
1530	Bevölkerungsamt	394 000	0	118 200	275 800
1561	Projektstab Stadtrat	410 000	0	123 000	287 000
1565	Stadtarchiv	75 000	0	22 500	52 500
1575	Statistik Stadt Zürich	50 000	0	15 000	35 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	349 000	0	104 700	244 300
2015	Finanzverwaltung	588 500	0	176 600	411 900
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	1 714 900	0	514 500	1 200 400
2034	Wohnen und Gewerbe	1 440 500	0	432 200	1 008 300
2035	Gastronomie	440 500	0	132 200	308 300
2036	Parkierungsbauten	81 000	0	24 300	56 700
2050	Human Resources Management	873 000	0	261 900	611 100
2051	Stadtweites Case Management am Arbeits- platz	55 000	0	16 500	38 500
2080	Organisation und Informatik	35 360 100	0	10 608 000	24 752 100
2500	Sicherheitsdepartement Departements- sekretariat	104 100	0	31 200	72 900
2520	Stadtpolizei	3 176 400	0	952 900	2 223 500
2525	Stadtrichteramt	399 000	0	119 700	279 300
2550	Schutz & Rettung	1 178 000	0	353 400	824 600
2551	Bildungszentrum Blaulicht	21 000	0	6 300	14 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000	0	16 500	38 500
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	860 000	0	258 000	602 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 413 300	0	424 000	989 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	7 929 000	0	2 378 700	5 550 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	280 000	0	84 000	196 000
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	30 000	70 000
3515	Tiefbauamt	6 335 600	0	1 900 700	4 434 900
3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	1 571 800	160 000	519 500	1 212 300
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	1 996 500	200 000	659 000	1 537 500
3555	Entsorgung + Recycling, Fernwärme	1 261 600	0	378 500	883 100
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	360 000	0	108 000	252 000
4000	Hochbaudepartement Departements- sekretariat	2 628 000	0	788 400	1 839 600
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	1 050 000	2 450 000
4020	Amt für Hochbauten	610 000	0	183 000	427 000
4035	Amt für Baubewilligungen	250 000	0	75 000	175 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	885 000	0	265 500	619 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	1 110 000	0	333 000	777 000

4525	Wasserversorgung	1 512 900	0	453 900	1 059 000
4540	Verkehrsbetriebe	4 520 600	0	1 356 200	3 164 400
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	315 000	0	94 500	220 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	3 000	7 000
5010	Schulamt	1 501 700	0	450 500	1 051 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	9 600	22 400
5030	Heilpädagogische Schule Zürich	56 100	0	16 800	39 300
5031	Schule für Kinder und Jugendliche mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Zürich	37 900	0	11 400	26 500
5032	Schule Fokus Sehen	6 000	0	1 800	4 200
5033	Viventa15plus	5 900	0	1 800	4 100
5050	Schulgesundheitsdienste	53 600	0	16 100	37 500
5063	Fachschule Viventa	83 700	0	25 100	58 600
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	660 200	0	198 100	462 100
5510	Support Sozialdepartement	312 000	0	93 600	218 400
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	270 000	0	81 000	189 000
5520	Laufbahnenzentrum	85 000	0	25 500	59 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	270 000	630 000
5550	Soziale Dienste	557 000	500 000	317 100	739 900
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 098 100	0	329 400	768 700
	Total	93 975 300	860 000	28 451 000	66 384 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 73, Beschluss-Nr. 2626/2023).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

2627. 2022/159

Wahl eines Mitglieds in die SK SD nach der Wahl von Patrik Brunner (FDP) ins Vizepräsidium für den Rest der Amtsdauer 2022–2024

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 11. Dezember 2023):

Marita Verbali (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

- 2628. 2023/417**
Schriftliche Anfrage der AL- und Grüne-Fraktion sowie weiteren Mitunterzeichnenden vom 30.08.2023:
Polizeieinsätze an Critical Mass, Definition der Bewilligungspflicht aufgrund der Gruppengrösse, strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitenden der Presse, Richtlinien oder Dienstanweisungen für Polizeiangehörige in Bezug auf die Einhaltung von Verkehrsregeln, Verhältnismässigkeit der angewendeten Mittel sowie Einfluss dieser Einsätze auf die Personalsituation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3515 vom 29. November 2023).

- 2629. 2023/419**
Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Urs Riklin (Grüne) vom 30.08.2023:
Einsatz von Microsoft Office 365, Anzahl Tenants in der Verwaltung, Hintergründe zu den Lizenztypen, lizenzierte Applikationen pro Lizenztyp, Praxis betreffend geloggtter Zugriffe und Angaben zum Verrechnungsmodell sowie Gewährleistung des Datenschutzes

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3514 vom 29. November 2023).

- 2630. 2023/422**
Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 30.08.2023:
Unterbringung von Asylsuchenden in der Stadt, Zahlen und Hintergründe zum städtischen Kontingent und zu den Betreuungsplätzen, Verteilung auf die Stadtkreise, Strategie zu den geplanten Betreuungsplätzen und Information der Quartierbevölkerung sowie konkrete Nutzung von Liegenschaften und Anlagen durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) und die Stadt

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3519 vom 29. November 2023).

- 2631. 2023/442**
Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 13.09.2023:
Radonkonzentrationen in Schulgebäuden, durchgeführte Messungen, Kriterien zur Auswahl der Schulgebäude, Information der Beteiligten über die Messungen und die Ergebnisse, überschrittene Referenzwerte und angeordnete Sanierungen sowie Massnahmen hinsichtlich einer Radonkonzentration deutlich unter dem Referenzwert

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3517 vom 29. November 2023).

2632. 2022/504

**Weisung vom 26.10.2022:
Hochbaudepartement, Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds
(VO MAF), Neuerlass**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2633. 2023/83

**Weisung vom 01.03.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Gut, Umbau, neue einmalige Ausgaben,
Kreditübertragung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2634. 2023/84

**Weisung vom 01.03.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Zurlinden, Umbau, neue einmalige
Ausgaben, Kreditübertragung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2635. 2023/105

**Weisung vom 08.03.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Milchbuck, Umbau, neue einmalige
Ausgaben, neue wiederkehrende Ausgaben, Kreditübertragung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2636. 2023/134

**Weisung vom 22.03.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Herrlig, Ersatzneubau, Quartierpark,
Energiezentrale, Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2637. 2023/175

**Weisung vom 05.04.2023:
Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Gemeinschaftszentrum
Wipkingen und Umgebung, Ersatzneubau Blauer Saal und räumliche
Optimierungen, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2638. 2023/202

**Weisung vom 19.04.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Rütistrasse 17/19, Schlieren, Verlängerung Mietvertrag,
neue wiederkehrende Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2023, 17.00 Uhr